



Wochenpiegel

Evangelischer
Pressedienst

AUSGABE HESSEN

Frankfurt am Main | 29. August 2011 | **NR. 35**

Kirchen

Länder planen internationale Konferenz zur Lutherdekade

Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen planen eine internationale Konferenz, die die weltweiten Vorbereitungen auf das Reformationsjubiläum 2017 in den Blick nehmen soll.

Seite_2

Neue katholische Bischöfe eingeführt

Knapp vier Wochen vor dem Papstbesuch haben am Wochenende in Berlin und Görlitz neue katholische Bischöfe ihr Amt angetreten.

Seite_5

Kritik an Lockerung des Sonntagsschutzes

Die evangelischen und katholischen Kirchen in Hessen üben heftige Kritik an der von der Landesregierung geplanten Lockerung des Sonntagsschutzes.

Seite_12

»Erinnerung an zwei Christuszeugen«

Mit einem Gottesdienst sowie der Enthüllung einer Gedenktafel hat am 28. August der kurhessische Bischof Martin Hein zweier bedeutender Theologen der Landeskirche gedacht.

Seite_13

Gesellschaft

Start mit Widrigkeiten

Wenn zum Wintersemester das erste vom Bund geförderte Zentrum für Islamische Theologie seinen Lehrbetrieb aufnimmt, werden etliche Studienbewerber leer ausgehen.

Seite_16

Dalai Lama dankt Westen und chinesischen Intellektuellen

Der Dalai Lama hat chinesischen Intellektuellen für die Unterstützung des tibetischen Volks im Kampf um mehr Unabhängigkeit gedankt.

Seite_19

Der Friedhof des Herrn K.

Derzeit steht für Matthias K. aus dem rheinland-pfälzischen Wallertheim in den Sternen, wie es mit seinem Traum vom Eigenheim weitergeht. Der Unternehmensberater hatte ein Baugrundstück gekauft und wurde damit, ohne es zu ahnen, zum Eigentümer des alten jüdischen Dorffriedhofes.

Seite_20

Soziales

Auch Armenbestattungen dürfen teuer sein

Armenbestattungen müssen nicht immer billig sein. Das Sozialamt muss unter Umständen auch dann die vollen Kosten übernehmen, wenn es die Beerdigungskosten für unangemessen hoch hält.

Seite_26

Kultur

Dichter Adonis erhält Goethe-Preis

Der syrischstämmige Dichter Adonis (81) ist am 28. August mit dem Goethe-Preis der Stadt Frankfurt am Main in der Paulskirche geehrt worden.

Seite_36

Impressum

Seite_42

Länder planen internationale Konferenz zur Lutherdekade

Dorgerloh: Protestantisches Großereignis gehört nicht nur den Deutschen

Wittenberg (epd). Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen planen eine internationale Konferenz, die die weltweiten Vorbereitungen auf das Reformationsjubiläum 2017 in den Blick nehmen soll. Das protestantische Großereignis »gehöre nicht nur den Deutschen«, sagte der Kultusminister von Sachsen-Anhalt, Stephan Dorgerloh (SPD), am 22. August in Wittenberg. »Wir interessieren uns dafür, was beispielsweise in südamerikanischen Ländern oder Südkorea für das Jubiläum angedacht ist.«

Genauso spannend sei die Frage, weshalb in Schweden das Jubiläum anscheinend keine Bedeutung hat, erklärte Dorgerloh. Der Reformationstag sei in dem fast ausschließlich protestantisch geprägten Land zum Beispiel kein Feiertag. Ein Datum für die Konferenz steht noch nicht fest.

Die mitteldeutschen Länder wollen zudem ihre Zusammenarbeit bei der Vorbereitung des Jubiläums intensivieren. Dafür soll die Geschäftsstelle »Luther 2017« von Sachsen und Thüringen bis zum Jahresende mit jeweils 30.000 Euro gefördert werden. Die Beteiligung soll in den kommenden Jahren fortgesetzt werden. Die Geschäftsstelle, die zur Stiftung Luthergedenkstätten gehört, wird bisher ausschließlich vom Land Sachsen-Anhalt finanziert. Die bislang zwei Stellen sollen nach und nach aufgestockt werden. Auch an eine Einbindung von Bayern und Rheinland-Pfalz wird gedacht.

Cranach-Ausstellung im Jahr 2015

Innerhalb der 2008 gestarteten Lutherdekade soll besonders das Jahr 2015 mit dem Motto »Bild und Bibel« gemeinsam vorbereitet werden, hieß es. Dann jährt sich der Geburtstag von Lucas Cranach dem Jüngeren zum 500. Mal. Geplant sei keine große Ausstellung, vielmehr soll Cranachs Kunst an authentischen Orten seiner



Mit der 2008 eröffneten Lutherdekade bereitet die evangelische Kirche das 500. Reformationsjubiläum 2017 vor.

epd-bild / Oliver Hauptstock

Zeit zu sehen sein, erklärte Thüringens Kultusminister Christoph Matschie (SPD). Andere gemeinsame Projekte seien beispielsweise die »Denkwege zu Luther«. Dieser »praktische Philosophiekurs für Jugendliche« soll auch in anderen Ländern Anklang finden, sagte Matschie.

Die Lutherdekade, die im September 2008 in Wittenberg gestartet wurde, soll auf das Reformationsjubiläum 2017 vorbereiten. Dann erinnert die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) an den 500. Jahrestag des Thesenanschlags Martin Luthers (1483-1546) an die Schlosskirche in Wittenberg.

Unter dem Motto »Luther 2017 - 500 Jahre Reformation« rückt die Lutherdekade Jahr für Jahr elementare Thesen des Reformators in den Mittelpunkt. Während 2011 das Thema »Reformation und Freiheit« beleuchtet wird, soll 2012 an die Bedeutung der Reformation für die Musik erinnert werden. Die folgenden Jahre stehen unter den Themen Toleranz, Politik, Bild und Bibel sowie »die eine Welt«.

Kritik

Christlich-jüdische Gesellschaften rügen Beitrag im Pfarrerblatt

Bad Nauheim (epd). Die Gesellschaften für christlich-jüdische Zusammenarbeit haben einen Beitrag im »Deutschen Pfarrerblatt« als »juden- und israelfeindlich« gerügt. Vom Ratsvorsitzenden der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Nikolaus Schneider, erwarte man eine »klärende Stellungnahme«, teilte der Dachverband von mehr als 80 christlich-jüdischen Gesellschaften am Dienstag in Bad Nauheim mit. In einem Schreiben an Schneider sprechen Präsidium und Vorstand des Deutschen Koordinierungsrates von »schwerwiegenden Bedenken und ernsten Rückfragen«, die der Beitrag im Pfarrerblatt hervorrufe.

Der Aufsatz im Pfarrerblatt plädiere mit »vorgeblich christlich-theologischen Argumenten« für eine Absage an

die theologisch begründete Solidarität mit Israel, heißt es in der Stellungnahme des Koordinierungsrates. Überdies werde die Rechtmäßigkeit der Gründung Israels bezweifelt sowie der Vorwurf erhoben, vor der Staatsgründung habe Israel palästinensisches Land »geraubt«.

In dem Beitrag des Pfarrerblattes werde zudem der rheinische Synodenbeschluss zum Verhältnis von Christen und Juden aus dem Jahr 1980 als »theologisch fragwürdiger Versuch, Schuld zu kompensieren« gewertet, kritisieren die Gesellschaften.

In der Erklärung der rheinischen Synode hieß es: »Wir glauben die bleibende Erwählung des jüdischen Volkes als Gottes Volk und erkennen, daß die Kirche durch Jesus Christus in den Bund Gottes mit seinem Volk hineingenommen ist.« Der Beschluss der rheinischen Landesynode gilt als Meilenstein für den christlich-jüdischen Dialog. Mehrere Landeskirchen beschlossen ähnlichen Erklärungen oder änderten ihre Verfassungen.

Selbst an Heiligabend kommen nur 25 Prozent der Mitglieder Evangelischer Theologe ruft die Kirche zur Überwindung ihrer Milieugrenzen auf

Stuttgart (epd). Die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) will sich nicht damit abfinden, dass sie schrumpft und viele ihrer Mitglieder kaum erreicht. Deshalb hat sie im Zuge eines 2006 gestarteten Reformprogramms das Zentrum »Mission in der Region« mit Standorten in Dortmund, Greifswald und Stuttgart eingerichtet. Heinzpeter Hempelmann, Theologischer Referent des Zentrums in Stuttgart und Honorarprofessor an der Evangelischen Hochschule Tabor (Marburg), spricht in einem epd-Gespräch darüber, wie die Kirche die Grenzen ihrer eigenen Milieus überschreiten kann.

epd: Herr Professor Hempelmann, laut der Sinus-Milieu-Studie erreicht die Kirche in Deutschland mit ihren Angeboten von zehn gesellschaftlichen Milieus lediglich zweieinhalb. Kümmert sie sich zu wenig um die anderen siebeneinhalb Milieus?

Hempelmann: Das können wir nicht mit Gewissheit sagen, weil die Studie die katholische Kirche untersucht hat. Für die evangelische fehlen genaue Zahlen. Aber es gibt Indizien dafür, dass auch die evangelische Kirche einen Großteil ihrer personellen und finanziellen Ressourcen für eine Minderheit ihrer Kirchenmitglieder einsetzt.

epd: Da Kirche für alle da sein will - was sollte sie denn tun, um auch wirklich alle zu erreichen?

Hempelmann: Bevor sie hier etwas tut, sollte sie sich intensiv mit der Frage beschäftigen: In welchen Le-



Gottesdienst in der evangelisch-lutherischen Gartenkirche St. Marien in Hannover.

epd-bild / Jens Schulze

benswelten sind die Menschen, die zur Kirche gehören, aber nicht sonntagsmorgens in den Gottesdienst kommen? Wir müssen wahrnehmen, dass die Mehrheit der Kirchenmitglieder überhaupt nicht an den Regelveranstaltungen der Gemeinde teilnimmt. Der Hauptgottesdienst am Sonntag ist im Grunde eine Submilieu-Veranstaltung, auch wenn er für alle gedacht ist. Die Kirche müsste sich also intensiv mit anderen Lebenswelten befassen, um sich den Menschen darin zuwenden zu können.

epd: Wird die Situation nicht manchmal schlechtgeredet? An Heiligabend sind die Kirchen nach wie vor brechend voll.

Hempelmann: Ja, aber selbst an Heiligabend erreichen wir im Durchschnitt nur rund 25 Prozent der Mitglieder. Das heißt, sogar an dieser kirchlichen Feier nimmt die große Mehrheit der Mitglieder nicht teil. Wir sind demnach mit unseren Angeboten nicht nahe genug an den Menschen. Und selbst höhere Teilnehmerzahlen an Heiligabend könnten uns als Kirche nicht genügen, da die christliche Botschaft von ihrem eigenen Anspruch her nicht nur an einem Tag im Jahr bei den Menschen präsent sein will.

epd: Pfarrerinnen und Pfarrer entstammen fast alle dem Bildungsbürgertum. Sind sie von ihrer Mentalität her überhaupt geeignet, etwa Hartz-IV-Familien angemessen anzusprechen?

Hempelmann: Manche von ihnen bestimmt, die Mehrzahl vermutlich nicht. Aber die Pfarrerin oder der Pfarrer müssen es ja auch nicht alleine machen. Vielleicht können andere Menschen aus der Kirchengemeinde eine Art »Pfadfinder« in ganz unterschiedliche Milieus werden. Pfarrer hätten dann die Aufgabe, diese »Pfadfinder« zu begleiten und zu unterstützen, wenn diese Menschen die christliche Botschaft ins Fitnessstudio oder in Hartz-IV-Familien bringen.

epd: Sollte man das Pfarramt auch für Menschen öffnen, die kein Abitur haben?

Hempelmann: Es hat schon seinen Sinn, dass für hauptamtliche Verkündiger des Evangeliums in unserer Kirche ein akademisches Studium vorgeschrieben ist. Wir brauchen hervorragend ausgebildete Theologen. Gleichzeitig könnten wir wieder mehr Menschen, die zum Beispiel in der Industrie oder einer Behörde arbeiten, über einen zweiten Bildungsweg ins Pfarramt bringen. Diese Möglichkeit sollte stärker genutzt werden, um andere Lebenserfahrungen besser für die kirchliche Arbeit zu nutzen.

epd: Pfarrer kümmern sich im Religionsunterricht um die Kinder und machen nachmittags Altenbesuche. Wo aber werden die 20- bis 60-Jährigen angesprochen?

Hempelmann: Das ist tatsächlich ein Problem, dass wir zu wenig die Menschen in der Mitte ihres Lebens im Blick haben. In diesem Alter sind laut Untersuchungen übrigens insbesondere Männer am stärksten geneigt, aus der Kirche auszutreten. In diese Personengruppe sollten wir also besonders intensiv investieren – zum Beispiel durch Besuche zum 30. und 40. Geburtstag.

Internet:

www.zmir.de

epd-Gespräch: Marcus Mockler

KIRCHEN

Hilfswerk: Christen an manchen Orten bereits Minderheit

Hannover/Leipzig (epd). Evangelische Christen in Deutschland sind nach Expertenangaben inzwischen an manchen Orten zur Minderheit geworden. »Im Grunde gehören viele Kirchen in Deutschland mittlerweile zur Diaspora«, sagte der Generalsekretär des Gustav-Adolf-Werks, Enno Haaks, dem epd in Hannover. So gebe es in Leipzig nur noch zwölf Prozent Christen, und auch im Hamburger Stadtteil Veddel seien Christen nur zu 15 Prozent vertreten.

Vor diesem Hintergrund fördert das Hilfswerk für protestantische Minderheiten in diesem Jahr erstmals Projekte von bundesdeutschen Kirchengemeinden mit bis zu 4.000 Euro. In den neuen Bundesländern unterstützt das Werk besonders die Gründung von evangelischen Schulen, die zunächst keine staatlichen Zuschüsse erhalten, sagte Haaks. Der Schwerpunkt der Arbeit liege jedoch im Ausland, wo evangelische Minderheiten in Lateinamerika sowie Süd- und Osteuropa gefördert werden.

Das Werk mit Sitz in Leipzig verfügt über einen Jahresetat von drei Millionen Euro. Weltweit werden damit 130

Projekte von 40 Partnerkirchen in 35 Ländern unterstützt. Die Zusammenarbeit mit kleineren Partnerkirchen sei oft schwierig. »In Kroatien haben wir die Unterstützung abgebrochen, weil dort scheinbar der Balkankrieg zwischen den Kirchen fortgesetzt wird«, sagte Haaks. Zudem orientierten sich die evangelischen Kirchen in Osteuropa lieber in Richtung der eher konservativen USA. »Gerade bei der Frage, ob Frauen zu Pastorinnen ordiniert werden dürfen, ist ihnen die Evangelische Kirche in Deutschland zu liberal«, sagte der Generalsekretär.

Das Gustav-Adolf-Werk wurde 1832 in Leipzig gegründet und ist eine Einrichtung der Evangelischen Kirche in Deutschland. Es unterstützt evangelische Minderheiten in Europa, Lateinamerika und Zentralasien. Mit seinem Namen erinnert das Werk an den schwedischen König Gustav II. Adolf (1594-1632), der im 30-jährigen Krieg für die Protestanten eintrat.

Internet:

www.gustav-adolf-werk.de

epd-Gespräch: Charlotte Morgenthal

DDR-Geschichte Dröge: Stolpe war Mann der Kirche

Berlin/Potsdam (epd). In der Diskussion um die Rolle Manfred Stolpes hat Bischof Markus Dröge den früheren brandenburgischen Ministerpräsidenten gegen Kritik verteidigt. In einem Gastbeitrag für den Berliner »Tagesspiegel« (Donnerstagsausgabe) nannte der Berliner Bischof die Frage »abstrus«, ob sich Stolpe für seinen Glauben kreuzigen lassen würde. Diese Frage habe »die Gefühle zahlreicher Mitglieder der evangelischen Kirche« verletzt, ergänzte Dröge. Er weise die Frage des Münchner Historikers Michael Wolffsohn »in aller Entschiedenheit zurück«. Dröge sagte: »Es ist abstrus zu behaupten, dass nur eine Märtyrereexistenz ein glaubwürdiges Christsein darstellt.«

Der Historiker Wolffsohn von der Münchner Bundeswehruniversität hatte in einem Zeitungsbeitrag die Stolpe-Politik der »Aussöhnung« für Brandenburg nach 1989 scharf kritisiert und gefragt, ob sich der SPD-Politiker für seinen Glauben kreuzigen lassen würde. In einem Leserbrief hatte Stolpe daraufhin geantwortet:



Markus Dröge
epd-bild / Schoelzel

»Vieles kann ich ertragen, aber meinen Glauben hat noch niemand in Frage gestellt.« Selbst in der DDR-Diktatur sei seine christlichen Bindung nur selten als unnormal und dumm bezeichnet worden.

Bischof Dröge sagte dazu: »Manfred Stolpe war stets ein Mann der evangelischen Kirche«, die maßgeblich zum friedlichen Zusammenbruch des SED-Regimes beigetragen habe. Er fügte hinzu: »Mir persönlich sind keine Menschen bekannt, die unter den Folgen des Handelns von Manfred Stolpe gelitten haben.« Vielmehr sei das Gegenteil der Fall.

Dröge unterstrich zudem, es gebe keine institutionelle Kontinuität zwischen dem Land Brandenburg und der DDR. Wer dies unerwähnt lasse und die fundamentalen Unterschiede zwischen Demokratie und Diktatur übergehe, der verletze die Bürger Brandenburgs, denen der Aufbau eines demokratischen Gemeinwesens einiges abverlangt habe.

20 Jahre nach dem Ende des DDR-Regimes seien »unaufgeregte Gespräche mit der Bereitschaft zur Differenzierung« nötig. »IM - ja oder nein, kann nicht die einzige Frage sein«, betonte Dröge. Vielmehr brauche es neue Fragestellungen und »nicht effektheisende Antworten«, unterstrich der leitende Geistliche der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz.

KIRCHEN

Neue katholische Bischöfe eingeführt

Erzbischof Woelki spricht Berliner Christen Mut zu / Ipolt in Görlitz geweiht

Berlin/Görlitz (epd). Knapp vier Wochen vor dem Papstbesuch haben am Wochenende in Berlin und Görlitz neue katholische Bischöfe ihr Amt angetreten. Rainer Maria Woelki, bisher Weihbischof in Köln, wurde am Samstag zum Erzbischof der Bundeshauptstadt ernannt. Der 55-Jährige ist Nachfolger des kurz zuvor verstorbenen Kardinals Georg Sterzinsky.

In Sachsen ist Wolfgang Ipolt (57) seit Sonntag katholischer Bischof in Görlitz. Bei einem Gottesdienst, an dem auch Bischöfe aus Polen und Tschechien teilnahmen, wurde der in Gotha geborene Geistliche feierlich in sein Amt eingeführt. Er war zuletzt Leiter des Erfurter Priesterseminars.

Der neue Berliner Erzbischof Woelki erhielt bei einem Pontifikalamt in der Hedwigskathedrale das päpstliche Ernennungsschreiben vom Apostolischen Nuntius in Deutschland, Erzbischof Jean-Claude Périquet. In seiner Predigt rief Woelki die Christen Berlins auf, sich nicht



Mit einem Pontifikalamt ist Rainer Maria Woelki in sein Amt eingeführt worden.

epd-bild / Markus Nowak

von geringen Mitgliederzahlen der Kirchen entmutigen zu lassen. Er ist der neunte Erzbischof der erst 1930 gegründeten Diözese. Ihr gehören 390.000 Katholiken in Berlin, Brandenburg und Vorpommern an.

Die Berufung des bis dahin weitgehend unbekanntenen Theologen Woelki durch den Vatikan hatte ein geteiltes Echo hervorgerufen. Er gilt als Vertrauter des konservativen Kölner Kardinals Joachim Meisner, der in den 80er Jahren selbst Bischof in Berlin war. Woelkis Promotion an der römischen Universität der umstrittenen Vereinigung Opus Dei sorgte für Spekulationen, dass er dort Mitglied sein könnte. Das hat Woelki indes entschieden dementiert.

Dem Gottesdienst in der voll besetzten Kathedrale wohnten am Samstag Politiker wie Bundestagsvizepräsident Wolfgang Thierse (SPD) und 33 Bischöfe aus dem In- und Ausland bei. Im Namen der drei Bundesländer, auf die sich das Erzbistum erstreckt, hieß die Berliner Bausenatorin Ingeborg Junge-Reyer Woelki (SPD) willkommen. »Als lebendiges Gemeinwesen brauchen wir Ihre Wortmeldungen« und die Bereitschaft zu einem »kritischen Dialog«, auch wenn dabei nicht immer Übereinstimmung erzielt werden könne, sagte die Politikerin, die Bürgermeister Klaus Wowereit (SPD) vertrat.

Kritik an Wowereit

Wowereit eröffnete parallel zu Woelkis Amtseinführung die 37. Berliner Seniorenwoche. Am Vortag hatte er »großes Verständnis« für die angekündigten Proteste gegen den Papstbesuch vom 22. bis 25. September geäußert und die katholische Sexuallehre kritisiert. Wowereit gehört selbst der katholischen Kirche an und bekannte sich vor zehn Jahren zu seiner Homosexualität.

Beim Berliner Diözesanrat, dem höchsten Laiengremium des Erzbistums, stießen die Äußerungen Wowereits

auf Kritik: »Als Regierender Bürgermeister auf diese Weise die Position der Gegendemonstranten einzunehmen, dafür fehlt mir das Verständnis«, sagte der Vorsitzende Wolfgang Klose der »Berliner Morgenpost«.

Der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, der Freiburger Erzbischof Robert Zollitsch, bescheinigte Woelki, mutig für die Belange des Glaubens und der Gläubigen einzutreten. Der evangelische Berliner Bischof Markus Dröge betonte die Verbundenheit der beiden großen Kirchen, ungeachtet aller konfessionellen Unterschiede und Meinungsverschiedenheiten.

Tillich verspricht gute Zusammenarbeit

Erzbischof Woelki nahm am Sonntag die Bischofsweihe Ipoltis in der Görlitzer Jakobuskathedrale vor. Unter den Gästen war auch Sachsens Ministerpräsident Stanislaw Tillich (CDU). Mit 29.000 Katholiken ist das Bistum Görlitz die kleinste deutsche Diözese. Tillich sicherte dem neuen Görlitzer Bischof in einem Grußwort gute Zusammenarbeit zu. Politik und Kirche stünden auf einem gemeinsamen »ethisch-christlichen Wertefundament« und begriffen Ehe und Familie als »zentrale Bausteine« der Gesellschaft, betonte er.

Der evangelische Generalsuperintendent von Görlitz, Martin Herche, drückte seine Hoffnung auf eine weitere gute Zusammenarbeit zwischen den beiden großen Kirchen in der Region aus. Der Gefahr neuer Entfremdung zwischen den Konfessionen müsse im Hinblick auf das Reformationsjubiläum 2017 begegnet werden.

Bischofskonferenz dämpft Ökumene-Hoffnungen

Sekretär Langendörfer: Papst wird Reformation würdigen

Erfurt (epd). Der Sekretär der katholischen Deutschen Bischofskonferenz, Pater Hans Langendörfer, hat Erwartungen gedämpft, der Papstbesuch könne große Fortschritte in der Ökumene bringen. Ein »ganz großes Ding« sei schon der geplante Besuch von Benedikt XVI. im Erfurter Augustinerkloster, in dem der spätere Reformator Martin Luther lebte. »Der Besuch dieser Stätte ist etwas Außerordentliches, ja Ungeheuerliches«, sagte Langendörfer in einem Interview des Nachrichtenmagazins »Focus«.

Der Papst wird nach seinen Worten die Rolle Luthers (1483-1546) und der Reformation würdigen, die zum Entstehen der evangelischen Kirchen führte. Die

Betonung der Heiligen Schrift und der Volksfrömmigkeit seien wichtige Anliegen, die die katholische Kirche teile. »Und natürlich wird der Papst eine Position auch zu den schwierigen Seiten der Reformation beziehen«, sagte Langendörfer.

Der Theologe trat der Hoffnung entgegen, der Papst »könnte den Evangelischen nun einen neuen Status verleihen« und die Regeln für das Abendmahl ändern. »Das funktioniert so nicht«, sagte er: »Es gibt offene Fragen und keine Spielräume für rasche, publikumswirksame Entscheidungen.« Bisher ist aus Sicht der katholischen

Kirche kein gemeinsames Abendmahl mit Evangelischen möglich.

Nach Überzeugung Langendörfers wird der Papst einen Weg in der Ökumene vorgeben: So könnte es sein, dass die Katholiken »noch stärker von der Idee wegkommen, die evangelische Kirche sei vor allem spalterisch«. Langendörfer: »Die Reformation war nicht nur die Geburt des Protestantismus, sondern auch eine für die Katholische Kirche wichtige Zäsur.« Im Blick auf das Jubiläum der Reformation 2017 wäre eine solche Wahrnehmung der Geschichte des Christentums befruchtend.

Benedikt XVI. besucht Deutschland vom 22. bis 25. September. Stationen seiner Reise sind Berlin, das Bis-

tum Erfurt und Freiburg. Im Erfurter Augustinerkloster ist für den 23. September eine Begegnung mit Spitzenvertretern der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) geplant. Die viertägige Reise ist der erste offizielle Besuch Benedikts in seiner deutschen Heimat.

Im Erfurter Mariendom werden zum Papst-Besuch die Heiligen Adalar und Eoban aufgebahrt. Der Papst werde vor ihrem Schrein beten, sagte Martin Hoffmeier vom Bistum Erfurt dem MDR Thüringen. Adalar und Eoban, die einstigen Gefährten des Bistumsgründers Bonifatius liegen in einem Sarkophag in der Krypta des Domes. Zuletzt waren die Reliquien 1954 nach oben in den Dom gebracht worden.

KIRCHEN

Ökumene

Frieling: Papst nur im Ausnahmefall Sprecher der Christenheit

Frankfurt a.M (epd). Der Papst kann nach Ansicht des evangelischen Ökumene-Experten Reinhard Frieling in außergewöhnlichen Situationen im Namen der gesamten Christenheit sprechen. Dies dürfe aber nur in Absprache mit den anderen christlichen Kirchen erfolgen. Zugleich müsse der Papst auf historisch gewachsene Rechte verzichten, sagte Frieling dem epd knapp vier Wochen vor dem Besuch von Benedikt XVI. in Deutschland. Der langjährige Leiter des Konfessionskundlichen Instituts der evangelischen Kirche im hessischen Bensheim präziserte damit frühere Medienberichte.

Er hoffe auf eine Gemeinschaft »mit, aber nicht unter dem Papst«, betonte Frieling. »Der Papst kann um der Einheit der Kirche willen auf historisch gewachsene Rechte verzichten«, forderte der emeritierte Marburger Theologieprofessor. Mit einem gemeinsamen Ehrenoberhaupt würde das Christentum seine Botschaft glaubwürdiger vertreten »als eine in Tausende Kirchen gespaltete Religion«, sagte Frieling.

So müsse der Papst als »Diener der Einheit« erlauben, dass sich Protestanten und Katholiken gegenseitig zum Abendmahl einladen. Frieling: »Meine zentrale Voraussetzung für eine Sprecherrolle des Bischofs von Rom ist ja die Forderung, der Papst müsse feierlich erklären, dass die Dogmen des I. Vatikanum über die Unfehlbarkeit und den Jurisdiktionsprimat nicht für die anderen Christen und Kirchen gelten.« Die Dogmen wurden am 18. Juli 1870 während des Ersten Vatikanischen Konzils in Rom verkündet. Danach hat der Papst die höchste Rechtsgewalt in der Kirche.

Wenn diese Voraussetzungen gegeben sind, könne der Papst »als Oberhaupt der großen römisch-katholischen Kirche und mit dem Selbstverständnis, für die Einheit der Kirche besonders verantwortlich zu sein, Initiativen für die Gesamtkirche ergreifen«, sagte der 75-jährige Frieling. Die gesamte Christenheit würde es Frieling zufolge begrüßen, wenn angesichts der realen Größen- und Einflussverhältnisse der Bischof von Rom wirklich allen diene.

Frieling äußerte die Hoffnung auf »einen Diener der Einheit«, der eine versöhnte Verschiedenheit der Kirchen anerkennt und mehr Dialog »führt und versöhnt, als dass er Audienzen gewährt«. So könne der Papst auch gemeinsam mit den Oberhäuptern der anderen Kirchen Initiativen zu einem gemeinsamen universalen ökumenischen »panchristlichen« Welt-Kirchentag oder Konzil ergreifen. *epd-Gespräch: Stephan Cezanne*

Papstbesuch

Priester laden in Berlin zum Abendmahl für alle

Berlin (epd). Vor dem Besuch von Papst Benedikt XVI. am 22. September in Berlin lädt die evangelische St. Thomas-Kirchengemeinde in Kreuzberg zu einem katholischen Abendmahlsgottesdienst mit Priestern ein. Zu der Feier am Vorabend des Besuchs seien anders als sonst bei katholischen Messen Christen aller Konfessionen zum Abendmahl eingeladen, teilte die Gemeinde am Freitag in Berlin mit.

Es werde keine ökumenische Abendmahlsfeier geben, sagte Superintendent Bertold Höcker vom evangelischen Kirchenkreis Berlin-Stadtmitte: »Wir als Protestanten gewähren einer katholischen Gruppe Gastrecht in

einer unserer Kirchen, damit sie hier eine nach ihrem Verständnis gültige Eucharistiefeier begehen kann.«

Der katholische Priester Christoph Schmidt, der zusammen mit seinem Lebenspartner Priester Norbert Reicherts den Gottesdienst leiten wird, sagte: »Wir glauben, dass wir in der ökumenischen Diskussion leben müssen.« Zur Feier seien deshalb alle Getauften eingeladen, »auch die Amtsträger der katholischen Kirche«.

Die beiden katholischen Geistlichen haben nach eigenen Angaben ihr Amtspriestertum 1998 aufgegeben, verstehen sich aber weiterhin als freiberuflich tätige Priester. Die evangelische Kirchengemeinde St. Thomas tritt als Gastgeber für die katholische Abendmahlsfeier auf.

Papstbesuch

Merkel hofft auf Orientierungspunkte

Berlin (epd). Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) erhofft sich vom bevorstehenden Papstbesuch ein ermutigendes Signal für die Ökumene und die Geschlossenheit der Christen. In einer Zeit, in der die Grundlagen der kulturellen Werte und Traditionen in Vergessenheit zu geraten drohten, bedürfe es gemeinsamer Orientierungspunkte, schreibt Merkel in einem Vorwort zu einem Sammelband der Konrad-Adenauer-Stiftung zum Papstbesuch, der am Dienstag in Berlin vorgestellt wurde. Sie hoffe, dass der Aufenthalt von Papst Benedikt XVI. in Deutschland dazu beitrage, den Geist der Gemeinsamkeit im Konfessionellen wie im Politischen zu stärken, so die Kanzlerin.

Der Papst besucht vom 22. bis 25. September Deutschland. Stationen seiner Reise sind Berlin, das Bistum Erfurt und Freiburg. Neben Messen sind eine Rede vor dem Bundestag sowie eine Begegnung mit Vertretern der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) im Erfurter Augustinerkloster geplant.

Der ehemalige Präsident des Zentralkomitees der Deutschen Katholiken (ZdK), Hans Joachim Meyer, erwartet vom Papstbesuch vor allem Ermutigung für die Katholiken in Deutschland. Aus der Deutschland-Visite könne eine angemessenere Art des Umgangs mit Problemen als der lange in der Kirche praktizierte erwachsen, sagte Meyer mit Blick auf den Missbrauchsskandal im vergangenen Jahr und den daraufhin begonnenen Dialog-Prozess der deutschen Bischöfe.

Die katholische Kirche in Deutschland sei in einer guten Ausgangsposition, um neuen Mut zu schöpfen, sagte der frühere ZdK-Chef. Er hoffe, dass der Papst-

besuch ähnlich verlaufe wie in Großbritannien oder in Spanien. Dort sei Benedikt auch in einer schwierigen Situation gekommen und habe es durch seine Klarheit und Nachdenklichkeit geschafft, dass ihm auch Menschen außerhalb der Kirche zugehört hätten.

Mit Blick auf das geplante ökumenische Treffen in Erfurt warnte Meyer davor, Unterschiede zwischen katholischer und evangelischer Kirche zu verwischen. Die Unterschiede müssten ausgehalten werden. Er hoffe auf ein »besseres Aufeinanderhören und Aufeinanderzugehen«.

Buchhinweis: Hans-Gert Pöttering (Hg.): Politik und Religion. Der Papst in Deutschland. Bonn 2011.

Internet: www.kas.de/papstbesuch

Papstbesuch

Wanke: Station in Thüringen ist »besonderes Zeichen«

Erfurt (epd). Der katholische Bischof von Erfurt, Joachim Wanke, sieht im Papstbesuch an historischen Stätten der Reformation in Thüringen »ein besonderes Zeichen« für die Ökumene. Die Begegnung von Benedikt XVI. mit der evangelischen Kirche im Erfurter Augustinerkloster »könnte einen Impuls geben für den ökumenischen Dialog«, sagte Wanke dem epd. Zugleich dämpfte er die Erwartungen an schnelle Ergebnisse des Gesprächsprozesses.

Papst Benedikt XVI. kommt bei seinem bevorstehenden Deutschland-Besuch am 23. September in das Bistum Erfurt. Nach einem Treffen mit Vertretern der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) ist in der Kirche des Augustinerklosters ein Gottesdienst geplant, zu dem auch Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) erwartet wird. Das Kloster in der Thüringer Landeshauptstadt ist als Wirkungsstätte des Augustinermönchs Martin Luther (1483-1546) eng mit der Reformation verbunden.

Vor diesem Hintergrund erwarte er von der Begegnung im Augustinerkloster eine »Ermutigung« zur Verständigung über grundsätzliche Fragen, sagte Wanke. Als Beispiele nannte er Konsequenzen aus der gegenseitigen Anerkennung der Taufe sowie das jeweilige Kirchen- und Amtsverständnis. Nach »500 Jahren Spaltung« müssten beide Seiten »nach vorn schauen«, um den Herausforderungen in der modernen Gesellschaft zu genügen. »Bevor wir jedoch gemeinsam Abendmahl feiern können, werden wir uns in Grundfragen einigen müssen«, ergänzte der Bischof. *epd-Gespräch: Thomas Bickelhaupt*

Militär

EKD-Ratsvorsitzender: Über Rolle der Bundeswehr debattieren

Berlin (epd). Der Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland, Nikolaus Schneider, hat eine breite gesellschaftliche Debatte über die Rolle der Bundeswehr gefordert. Diese befinde sich in einem schleichenden Übergang zu einer Einsatzarmee, sagte Schneider am Donnerstagabend in Berlin: »Wir haben eine andere Bundeswehr als früher und das müssen wir diskutieren.« Dabei gehe es auch um einen fairen Umgang mit den Soldaten.

Schneider äußerte sich bei einer Diskussion anlässlich einer Vorführung der ZDF-Krimireihe »Unter Verdacht«, in der ein traumatisierter Afghanistan-Rückkehrer eine tragende Rolle spielt. Der EKD-Ratsvorsitzende sprach von einer »Riesenaufgabe« der Helfer, Polizisten und Soldaten am Hindukusch. Trotz einiger Fortschritte könne die Situation in Afghanistan »kippen« und der Einsatz zu einem Fehlschlag werden.

Schneider sagte weiter, es gebe keine Alternative zu einem Aufbau der afghanischen Armee und Polizei. Diese müssten soweit für Sicherheit sorgen können, dass sich ziviles Leben im Land entwickeln könne.

Reinhard Erös, Begründer der »Kinderhilfe Afghanistan«, bezeichnete den Nato-Einsatz in Afghanistan hingegen als »Unsinn«, der nie zu einem Erfolg führen werde. Noch nie sei in so kurzer Zeit so viel Geld in ein so kleines Land geflossen, ohne dass es sichtbare Fortschritte gebe. Stattdessen verschlechtere sich die Sicherheit immer mehr und Afghanistan sei zum korruptesten Land der Welt geworden, sagte Erös.

Ökonomie

Präses Schneider kritisiert einseitiges Menschenbild

Schwerte (epd). Der Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche Deutschland (EKD), Nikolaus Schneider, hat von den Wirtschaftswissenschaften mehr gesellschaftliche Verantwortung eingefordert. Auf viele Fragen gebe die Ökonomie keine oder nur unzureichende Antworten, sagte Schneider am Donnerstag im Evangelischen Studienwerk Villigst in Schwerte. Der rheinische Präses warf den Ökonomen ein einseitiges Menschenbild vor.

»Für die Ökonomie gibt es nur die Habgier«, sagte Schneider. Wer immer nur die Habgier betone, trage dazu bei, dass Solidarität und Mitmenschlichkeit immer weniger zählten. Die Wirtschaftswissenschaftler müssten Wohlfahrt für alle als wichtiges Ziel definieren, unterstrich der evangelische Theologe.

In der gegenwärtigen Finanzmarkt- und Eurokrise leiste die Ökonomie keine Aufklärung, sondern verneble durch Begriffe wie »Finanzmärkte« die Zusammenhänge, sagte Schneider weiter. Dahinter stünden jedoch handelnde Personen. »Es ist höchste Zeit, die Sprache der Wirtschaft zu entmythologisieren.«

Islam

Katholische Kirche will Dialog mit Muslimen ausbauen

Bonn (epd). Die katholische Kirche will den Dialog mit den Muslimen verstärken. Der Papst und die Deutsche Bischofskonferenz seien entschlossen, den Dialog mit dem Islam zu vertiefen und auszubauen, schreibt der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Robert Zollitsch, in seiner am Dienstag veröffentlichten Grußbotschaft zum Ende des muslimischen Fastenmonats Ramadans.

Gemeinsam mit den Muslimen wolle die katholische Kirche »gegen die Dämonen dieser Welt, gegen Unrecht, Gewalt und Intoleranz, das Wort ergreifen und weiter den Weg des Dialogs und der gegenseitigen Verständigung gehen«, sagte der Freiburger Erzbischof, der zugleich auf das friedliche Miteinander von Christen und Muslimen in Deutschland verwies. In seiner Grußbotschaft zum Ramadan übermittelt Zollitsch an die Muslime seine Segenswünsche: »Möge Gott Ihr Fasten und Beten segnen und Ihnen durch seine Zuwendung Frieden schenken.«

Zugleich äußerte Zollitsch Anteilnahme an den Entwicklungen in der arabischen Welt. »Wir sehen selbstbewusste, vor allem junge Menschen, die nicht mehr bereit sind, Willkür hinzunehmen und Diktaturen zu gehorchen.« Er hoffe, dass der mutige Einsatz für mehr Gerechtigkeit und Freiheit dazu beitrage, dass Hass und Gewalt überwunden würden.

Der Fastenmonat Ramadan hat in diesem Jahr am 1. August begonnen. Er wird bis 29. August gefeiert, am 30. folgt das Fest des Fastenbrechens.

Seemannsmission

UN-Mandat für Kampf gegen Piraterie gefordert

Hamburg (epd). Die Deutsche Seemannsmission hat ein UN-Mandat für den Kampf gegen die internationale Piraterie gefordert. Vor allem »rund um Kap Horn und in Somalia« müsse die Staatengemeinschaft endlich für eine Infrastruktur sorgen, die Piratenüberfälle überflüssig mache, sagte Generalsekretärin Heike Proske zum Abschluss der Weltkonferenz der Seemannsmissionen am Dienstag in Hamburg.

Der von der Bundesregierung erwogene Einsatz privater Sicherheitsdienste an Bord sei lediglich eine »Notlösung«, sagte Proske. Der Schutz deutscher Handelsschiffe und ihrer Besatzungen sei eine staatliche Angelegenheit und dürfe daher nicht aus der Hand gegeben werden. Private Sicherheitsdienste müssten daher zumindest »staatliche Zertifikate« nachweisen.

Die Weltkonferenz der Seemannsmissionen hat Proske zufolge Vorschläge abgelehnt, die Besatzungen selbst zu bewaffnen. »Seeleute sind nicht für den Kampf mit der Waffe ausgebildet«, sagte Proske. Empfohlen würden allerdings Trainings, um die Besatzungen auch psychologisch auf Überfälle vorzubereiten.

Vier Tage lang hatten in Hamburg rund 200 Vertreter aus 49 Ländern und insgesamt 77 Hafenstädten Chancen und Probleme der christlichen Seefahrt diskutiert. Allein die Deutsche Seemannsmission mit Sitz in Bremen unterhält 17 Auslandsstationen und 16 Anlaufstellen in Deutschland. Zum Weltverband gehören 28 christliche Organisationen in 128 Ländern.

Internet: www.icma.as; www.seemannsmission.org

Gedenktag

11. September: Friedensfest am Brandenburger Tor

Berlin (epd). Zehn Jahre nach den Anschlägen vom 11. September 2001 in New York wollen Religionsgemeinschaften am Brandenburger Tor ein Zeichen des Friedens setzen. Von Sonnenaufgang bis Sonnenuntergang laden Christen, Muslime, Juden, Buddhisten und Bahai am 11. September auf östlicher und westlicher Seite des Berliner Wahrzeichens zu Diskussionen, Gebeten und Musik ein. Organisator ist die überkonfessionelle und interreligiöse Initiative »Religionen auf dem Weg des Friedens«, die das Gedenken seit 2009 vorbereitet.

Beteiligt sind Christen unterschiedlichster Couleur wie die American Church Berlin ebenso wie Vertreter

des türkisch-staatlichen Islamverbandes (DITIB), der Islamischen Föderation, der jüdischen Gemeinde und der Berliner Bahai-Gemeinden. Unter anderen ist um 14.46 Uhr, dem Moment des ersten Einschlags eines der Passagierflugzeuge in die Twin-Tower, eine Schweigeminute vorgesehen.

Internet: www.religionenaufdemwegdesfriedens.de

Parteien

Kauder fordert Kirchen zu mehr Mission auf

Bonn (epd). Der Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag, Volker Kauder, vermisst missionarische Anstrengungen der Kirchen in Deutschland. »Die Kirche hat doch einen Missionsauftrag, davon ist aber zu wenig zu sehen«, sagte Kauder der aktuellen Ausgabe der »Zeit«-Beilage »Christ und Welt«. »Die Kirchen können die Verkündigung des Wortes Gottes durchaus noch etwas intensivieren.«

Jede Organisation müsse sich doch fragen, woran es liege, wenn ihr Zuspruch geringer werde. Das gelte für Parteien, aber auch für die Kirchen, sagte der CDU-Politiker. Zugleich verwies Kauder auf den Grundsatz der Glaubensfreiheit: »Wir sollten uns nicht darüber aufregen, dass so viele Muslime in die Moschee gehen, sondern darüber, dass so wenige Christen in die Kirche gehen.«

Zur Diskussion um das christliche Profil seiner Partei sagte er: »Das C ist in unserer Gesellschaft leider auf dem Rückzug.« Das habe auch Auswirkungen auf die Union. Allerdings seien CDU und CSU nicht »die Institution, die das Christentum in erster Linie fördern kann«, sagte Kauder.

Prozess

Gericht wirft Ex-Bibliotheksdirektor schuldhaftes Verhalten vor

Aurich (epd). Das Auricher Landgericht hat dem früheren Direktor der Emdener Johannes-a-Lasco-Bibliothek, Walter Schulz, im laufenden Schadensersatzprozess schuldhaftes Verhalten vorgeworfen. Schulz habe sich auf verlustreiche riskante Aktiengeschäfte eingelassen und ohne Absprache für einen Millionenbetrag Ankäufe getätigt, sagte der Vorsitzende Richter Joachim Herbst am Dienstag. Nicht vorzuwerfen seien Schulz hingegen Verluste, die durch den Betrieb der Bibliothek entstanden sind. (AZ: 5 O 636/10)

In dem zivilrechtlichen Verfahren klagt die »Stiftung Große Kirche Johannes a Lasco Bibliothek« auf einen

KIRCHEN

Schadensersatz von rund 1,8 Millionen Euro, die Schulz zurückzahlen soll. Die Evangelisch-reformierte Kirche hatte als Stiftungsaufsicht Schulz 2008 fristlos entlassen, weil das Stiftungskapital unter seiner Leitung von 8,5 Millionen auf weniger als 1,6 Millionen Euro abgeschmolzen war. Ein neuer Verhandlungstermin steht noch nicht fest.

Trotz der Warnung einer Bank habe Schulz sich mit dem Stiftungskapital in den Jahren 2001 bis 2003 auf riskante Aktiengeschäfte eingelassen und dabei erhebliche Verluste gemacht, erläuterte der Richter. Diese seien auch in späteren Jahren nicht mehr einzuholen gewesen. Dafür könnte Schulz im Falle eines Urteils wahrscheinlich haftbar gemacht werden. Für Aktienverluste nach 2003 müsse Schulz dagegen nicht geradestehen: Das Kuratorium habe es versäumt, die Aktien in sicherere Anlagen umzuschichten.

Als »schuldhafte Pflichtverletzung« ist nach Ansicht des Gerichts vermutlich auch der Kauf von Archiven ostdeutscher Adelsfamilien in den Jahren 2006 und 2007 zu werten. Obwohl die Kassen der Bibliothek leer waren, habe Schulz mehr als eine Million Euro gezahlt. Das Gericht forderte beide Seiten auf, binnen vier Wochen zu seinen Einschätzungen Stellung zu nehmen.

Versammlung

Nordische Bischofskonferenz tagt in Paderborn

Paderborn (epd). Die Herbstvollversammlung der Nordischen Bischofskonferenz tagt vom 16. bis 21. September zum ersten Mal in Paderborn. Auf der Tagung soll es unter anderem um die Priesterseminare in Nordeuropa und die Bischofssynode zur Neuevangelisierung 2012 in Rom gehen, teilte das Bonifatiuswerk der deutschen Katholiken am Mittwoch in Paderborn mit. Auch der Umgang der katholischen Kirche mit dem Attentat von Oslo steht auf dem Programm.

Die katholische Kirche in Nordeuropa ist eine Diasporakirche. Der Katholikenanteil liegt nach Angaben des Bonifatiuswerkes in den Ländern Schweden, Norwegen, Island, Dänemark und Finnland nur zwischen 0,2 und

drei Prozent der Bevölkerung. Das Bonifatiuswerk unterstützt Katholiken in extremen Minderheitssituationen. An der Tagung nehmen alle sechs Bischöfe der Nordischen Bischofskonferenz und der Altbischof von Oslo, Gerhard Schwenzer, teil.

Internet: www.bonifatiuswerk.de

Urteil

Gericht verbietet orthodoxe Begräbnisstätte in Industriegebiet

Mannheim (epd). Die syrisch-orthodoxe Kirchengemeinde in Heilbronn darf für ihre toten Priester in einem Industriegebiet keine Krypta bauen. Das Schutzbedürfnis einer Begräbnisstätte vor Lärm sei höher als das einer reinen Kirche, heißt es in einem am Donnerstag veröffentlichten Urteil des baden-württembergischen Verwaltungsgerichtshofes (VGH) Mannheim. Damit blieb die Klage der Kirchengemeinde, die einen Kellerraum ihres Kirchengebäudes umbauen wollte, ohne Erfolg.

Nach herrschenden kulturellen Vorstellungen verlange die Totenruhe ein ruhiges pietätvolles Umfeld und ausreichend Abstand zu industriellen Nutzungen. Das fehle im konkreten Fall, argumentierte das Gericht. Bereits 2009 hatte der Verwaltungsgerichtshof entschieden, dass die Krypta gebietsunverträglich und deswegen unzulässig ist. Als die Kirchengemeinde in Revision ging, forderte das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig den VGH auf, die örtlichen Gegebenheiten näher zu prüfen, weil dort bereits eine Kirche existiere.

Die Krypta sollte als Begräbnisstätte mit zehn Grabkammern für verstorbene Pfarrer der Gemeinde dienen. Im Jahr 2005 hatte die Kirchengemeinde einen Bauantrag gestellt und zur Begründung auf die verbindliche Tradition verwiesen, wonach syrisch-orthodoxe Geistliche nicht auf öffentlichen Friedhöfen, sondern möglichst unter dem Altar der eigenen Kirche begraben werden müssten. Es handelt sich nach Angaben des Mannheimer Gerichts um den ersten Fall dieser Art in Deutschland. Andere syrisch-orthodoxe Gemeinden bestatten ihre Pfarrer in einem der syrisch-orthodoxen Klöster.

KIRCHEN

Kritik an Lockerung des Sonntagsschutzes

Evangelische Kirchen erwägen gerichtliche Überprüfung

Wiesbaden (epd). Die evangelischen und katholischen Kirchen in Hessen üben heftige Kritik an der von der Landesregierung geplanten Lockerung des Sonntagsschutzes. Der Entwurf einer Bedarfsgewerbeverordnung biete eine »Grundlage dafür, der bereits heute weitgehenden Ökonomisierung aller Lebensbereiche« Vorschub zu leisten, schreibt der Beauftragte der evangelischen Kirchen in Hessen am Sitz der Landesregierung, Jörn Dulige, in einer Stellungnahme. Die »Erosion der verfassungsrechtlich geschützten gesellschaftlichen, kulturellen, religiösen und demokratischen Werte« könne gefördert werden.

Das Kommissariat der katholischen Bischöfe im Lande Hessen wandte ein, dass es nicht nachvollziehbar sei, warum etwa Bierbrauer und Eis-Hersteller auch an Sonntagen arbeiten dürften. »Das Brauen von Bier, das Herstellen von Getränken und von Eis an Sonn- und Feiertagen ist nicht notwendig«, heißt es. Diese Tätigkeiten könnten auch an Werktagen ausgeführt werden.

Die Landesregierung hat den Entwurf einer Verordnung vorgelegt, die im Herbst in Kraft treten soll. Darin sind Bereiche aufgeführt, in denen Arbeitnehmer künftig ohne Sondergenehmigung sonntags arbeiten dürfen. Aufgelistet sind etwa Videotheken, das Bestattungsgewerbe, Garagen, Parkhäuser, Brauereien und das Immobiliengewerbe. Zudem soll dies für Beschäftigte in Dienstleistungsunternehmen und im Versandhandel bei der Entgegennahme von »Aufträgen, der Auskunftserteilung und der Beratung per Telekommunikation« möglich sein.

Bischof Hein: Gerechtigkeit und Friede gehören zusammen

Kassel (epd). Eine enge Verbindung von Gerechtigkeit und Frieden sind nach den Worten des kurhessischen Bischofs Martin Hein für das Gedeihen eines Gemeinwesens unerlässlich. Gerechtigkeit allein könne unbarmherzig sein, aber auch ein Friede ohne Gerechtigkeit sei wenig förderlich, sagte Hein am 27. August während einer Andacht zum Beginn des Tages der offenen Tür im Bundessozialgericht in Kassel.

Das zuständige Sozialministerium begründet die Ausnahmen mit der »Befriedigung täglicher oder an diesen Tagen besonders hervortretender Bedürfnisse der Bevölkerung«. Bisher sei das Arbeiten in den Bereichen »nur durch die Erteilung von Ausnahmegenehmigungen auf teilweise ungesicherter Rechtsgrundlage« möglich, heißt es in dem Verordnungsentwurf. Harsche Kritik an den Plänen äußerten bereits Gewerkschaften und die Linksfraktion. Sie befürchten eine weitere Aushöhlung des Sonntagsschutzes.

Dulige bezeichnete zahlreiche Ausnahmen als für die evangelische Kirchen nicht vertretbar. Kritisch sei etwa, dass künftig sonntags in der Regel die »Besichtigung von Häusern, Wohnungen und Musterhausausstellungen« möglich sein solle. Auch die generelle Freistellung für den Handel über Telefon oder Internet sei nicht nachvollziehbar. Nach Duliges Worten muss die Verordnung grundlegend überarbeitet werden. Zudem würden nicht die Anforderungen aus Grundgesetz, hessischer Verfassung, Arbeitsgesetz und hessischem Feiertagsgesetz beachtet. Die evangelischen Kirchen behalten sich gar eine gerichtliche Überprüfung der Verordnung vor.

Die katholische Kirche strich heraus, der verfassungsrechtlich garantierte Sonn- und Feiertagsschutz sei nur begrenzt einzuschränken. Ausnahmegenehmigungen seien nur restriktiv zu gewähren, um die Sonn- und Feiertagsruhe zu erhalten.

Hein bezog sich auf den 85. Psalm der Bibel, in dem davon die Rede ist, dass »Gerechtigkeit und Friede sich küssen«. Wer nach Gottes Willen frage, werde Gerechtigkeit und Frieden in engster Verbindung sehen, betonte Hein. Diese enge Verbindung werde auch im Bundessozialgericht praktiziert. So könne die Erinnerung an die Bibel »hilfreich und heilsam« sein. Er habe den Wunsch, »dass dieses Gericht auf seine Weise mit dazu beiträgt, dass sich Gerechtigkeit und Frieden weiterhin heftig küssen«, sagte Hein.

»Erinnerung an zwei Christuszeugen«

EKKW gedenkt zweier bedeutender Theologen

Sontra-Hoheneiche (epd). Mit einem Gottesdienst sowie der Enthüllung einer Gedenktafel hat am 28. August der kurhessische Bischof Martin Hein zweier bedeutender Theologen der Landeskirche gedacht. Der frühere Bischof Erich Vellmer (1910-1990) und der ehemalige Prälat Karl Hilmes (1907-1957) waren beide in der Kirche von Sontra-Hoheneiche getauft und konfirmiert worden.

Die Gedenktafel erinnert daran mit den Worten: »Zur Erinnerung an zwei Christuszeugen, die unsere Evangelische Kirche von Kurhessen-Waldeck prägten und in diesem Gotteshaus heimisch waren«.

Der am 24. Januar 1910 in Hoheneiche (Kreis Eschwege) geborene Erich Vellmer gehörte während der Zeit des Nationalsozialismus der Bekennenden Kirche an. Seine Gemeindepfarrzeit wurde durch eine fünfjährige Militärzeit im 2. Weltkrieg unterbrochen. 1957 wurde er in das Amt des Prälaten der kurhessischen Kirche berufen, im November 1962 wählte ihn die Synode in das Bischofsamt.

In Vellmers Amtszeit fielen grundlegende Entscheidungen für die Landeskirche, wie die im Jahr 1967 von der Synode beschlossene Kirchenverfassung, die sogenannte »Grundordnung« der Evangelischen Kirche von

Kurhessen-Waldeck. Auch in der Ökumene erwarb er sich bleibende Verdienste. Vellmer erhielt eine Vielzahl von Auszeichnungen, darunter das Bundesverdienstkreuz. Am 31. März 1978 trat er in den Ruhestand. Er verstarb am 19. November 1990 in Kassel.

Karl Hilmes wurde am 24. April 1907 ebenfalls in Hoheneiche geboren. Als Mitglied des Bruderbundes kurhessischer Pfarrer und der Bekennenden Kirche geriet Hilmes in Konflikt mit den nationalsozialistischen Machthabern. Er wurde schon 1937 bei der Geheimen Staatspolizei angezeigt, am 6. März 1942 aufgrund einer Predigt verhaftet, ins Polizeigefängnis Kassel und von dort ins Konzentrationslager Dachau gebracht. Erst im Oktober 1944 konnte er in seine Heimat zurückkehren.

Nach dem Ende der nationalsozialistischen Herrschaft trug Hilmes dazu bei, neue kirchliche Strukturen in Kurhessen-Waldeck aufzubauen. So gehörte er im September 1945 der Notsynode von Treysa an. Am 1. August 1952 wurde er zum Prälaten der Landeskirche berufen. Bis zu seinem Tod versah er dieses Amt und den Vorsitz des Bruderrates der Bekennenden Kirche, den er seit 1946 innehatte. Karl Hilmes verstarb am 5. Februar 1957 in Kassel.

Kindergottesdienst

Gemeinden suchen nach Konzepten

Laubach (epd). Rund 260 Mitarbeiter von Kindergottesdiensten nahmen am 28. August am Kindergottesdiensttreffen der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau (EKHN) in Laubach teil. Viele Gemeinden seien auf der Suche nach Konzepten, sagte die Referentin für Kindergottesdienst in der EKHN, Pfarrerin Nathalie Ende, dem epd. Die Teilnehmer des Treffens - ehrenamtliche Mitarbeiter, Pfarrer und Gemeindepädagogen - konnten 25 Workshops zu Themen wie Pilgern, Abendmahl, Krippenspiel oder Leid und Tod besuchen.

Viele Gemeinden hätten Schwierigkeiten mit den regelmäßigen Kindergottesdiensten an Sonntagen, sagte Ende. »Die Erwachsenen gehen meist auch nicht mehr jede Woche in den Gottesdienst, wer will das dann den Kindern vermitteln?« Deshalb gebe es inzwischen ganz verschiedene Formen von Kindergottesdiensten, zum Bei-

spiel Generationen verbindende, vierzehntägige oder monatliche Angebote. »Aber fast alle Gemeinden versuchen, einen regelmäßigen Rhythmus beizubehalten.«

Kindergottesdienste werden nach Endes Worten dann angenommen, wenn sie gut in die Gemeinde eingefügt sind und als vollwertiger Gottesdienst betrachtet werden. Die Arbeiterteams achteten inzwischen vermehrt darauf, den Glauben der Kinder zu stärken. »Die biblischen Geschichten werden wieder mehr in den Mittelpunkt gerückt.« Besonders beliebt bei den Kindern seien die weihnachtlichen Krippenspiele. »Das ist ein überschaubares Projekt.« Krippenspiele seien in den Gemeinden hoch akzeptiert.

Einige Gemeinden versuchten, ähnliche Projekte oder auch Musicals häufiger anzubieten. »Sie sind aber sehr kraftaufwendig«, räumte die Pfarrerin ein. Etwa drei Viertel aller Gemeinden in der EKHN bieten laut Ende Kindergottesdienste an. Durchschnittlich 13.000 Kinder besuchten jede Woche die Angebote.

Jubiläum

»Kaufunger Konvent« wird 25 Jahre alt

Kaufungen (epd). Die ökumenische Gemeinschaft des Kaufunger Konvents blickt am 3. September auf ein 25-jähriges Bestehen zurück. Die derzeit 16 Mitglieder umfassende Gemeinschaft setze sich dafür ein, die Einheit der Kirche voranzubringen, teilte der Konventsälteste Karl Waldeck am 26. August mit. Der Konvent werde an seinem als »Kunigundentag« bezeichneten Treffen zudem zwei neue Mitglieder aufnehmen.

Der Kaufunger Konvent bezieht sich in seinem Wirken auf die Kaiserin Kunigunde (um 980-1033), die von 1025 bis zu ihrem Tod 1033 als einfache Nonne im Kloster Kaufungen lebte. »Ihr Leben aus christlichem Glauben zur Zeit einer ungeteilten Christenheit ist Ansporn, uns im Gebet und im praktischen Wirken für die Einheit der Kirche einzusetzen«, sagte Waldeck.

Neben dem alljährlichen Kunigundentag feiere der Konvent an jedem zweiten Freitag im Monat in der Georgskapelle in Kaufungen (Landkreis Kassel) um 18 Uhr eine ökumenische Vesper, so Waldeck weiter. Hierzu seien Christen aus allen Kirchen eingeladen. Weiterhin gebe es Gesprächsabende, Begegnungen mit auswärtigen Gruppen und Jahresfahrten zu Wirkungsstätten des Kaiserpaars Heinrich II. und seiner Frau Kunigunde. Im Jahre 1999 habe sich zudem ein Freundeskreis des Konvents gebildet, der für alle Interessierten offen sei.

Handwerk

Gottesdienst in der Kasseler Christuskirche

Kassel (epd). Die Evangelische Kirche von Kurhessen-Waldeck hat ihre Verbundenheit mit dem Handwerk betont. Zusammen mit der Kreishandwerkerschaft Kassel hat die Kirche am 27. August zu einem Handwerker Gottesdienst in die Kasseler Christuskirche eingeladen, teilte die kirchliche Handwerkerarbeit mit. Die Predigt in dem Gottesdienst wurde von Prälantin Marita Natt gehalten, die Liturgie gestalteten Handwerker aus der Region.

Das Thema des Gottesdienstes lautete »Gemeinschaft leben«. Es ziele auf die enge Verbindung von Kirche und Handwerk sowie auf die Gemeinschaft innerhalb des Handwerks ab, sagte Dieter Lomb, Fachreferent für Handwerkerarbeit. Die enge Verbundenheit von Handwerk und Kirche zeige sich auch darin, dass besonders in ländlichen Gegenden zahlreiche Handwerker in Kirchenvorständen tätig seien.

Handwerker Gottesdienste in der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck gibt es seit über 20 Jahren. Sie finden abwechselnd in den Kirchenkreisen Kassel, Kaufungen, Hofgeismar und Wolfhagen statt. Zudem gibt es im Waldecker Land im Frühjahr einen weiteren Handwerker Gottesdienst, der gemeinsam mit der dortigen Handwerkerschaft gestaltet wird.

Mainzer Dom

Turmspitze muss komplett erneuert werden

Mainz (epd). Die Westturmspitze des Mainzer Doms muss wegen gravierender Schäden komplett ausgewechselt werden. Die Stabilität des Turmhelms könne nicht mehr gewährleistet werden, sagte der Baudirektor des Bistums, Johannes Krämer, am 24. August in Mainz. Die 7,5 Meter lange Spitze des insgesamt 83 Meter hohen Turms soll aus sieben tonnenschweren Steinen neu zusammengesetzt werden. Die Kosten dafür belaufen sich nach Angaben des Bistums auf rund 120.000 Euro.

An der Spitze des höchsten der sechs Mainzer Domtürme ist ein Ringanker verrostet, der die gesamte Konstruktion trägt. Außerdem ist das Mauerwerk teilweise aufgeplatzt. Die geplanten Arbeiten sind Teil einer Generalsanierung, die bereits 2001 begonnen wurde und voraussichtlich erst 2016 abgeschlossen sein wird. Die Gesamtkosten der Sanierung beziffert das Bistum Mainz auf insgesamt rund 25 Millionen Euro.

Amtseinführung

Landeskirchenmusikdirektorin wird eingeführt

Darmstadt (epd). Die neue Landeskirchenmusikdirektorin der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau (EKHN), Christa Kirschbaum, ist am 26. August in der Stadtkirche Darmstadt in ihren Dienst eingeführt worden. Kirschbaum war im April zur Nachfolgerin von Michael Graf Münster ernannt worden, der das Amt von 1997 bis 2010 ausübte. Dienstsitz der Landeskirchenmusikdirektorin sei das Zentrum Verkündigung in Frankfurt, wo sie die Abteilung Kirchenmusik leite, teilte die hessennassauische Kirche in Darmstadt mit.

Kirchenmusik habe seit der Reformation in den evangelischen Kirchen einen hohen Stellenwert, teilte die EKHN weiter mit. Sie umfasse nicht nur die Gestaltung von Gottesdiensten, sondern auch konzertante geistliche Musik und die Gemeindebildung durch Posaunen- und Vokalchöre, Bands und Instrumentalgruppen.

KIRCHEN

In der EKHN gibt es den Angaben zufolge 934 Chöre mit über 21.000 Sängerinnen und Sängern, 436 Posauenchöre mit knapp 7.400 Mitwirkenden, 317 Instrumentalkreise mit über 3.000 Musizierenden sowie 342 Kinder- und Jugendchöre mit 4.800 Mitgliedern. Im Jahr 2010 seien in der EKHN über 4.100 geistliche Konzerte veranstaltet worden, zu denen mehr als 380.000 Menschen gekommen seien. In der EKHN arbeiten 132 hauptamtliche Musikerinnen und Musiker. Weitere 1.100 Honorarkräfte leiten die Chöre in den 1.170 Gemeinden. 3.300 Honorarkräfte spielen in den Gottesdiensten die Orgel.

Projektstelle »Herzensbildung« Heike Düver neue Pfarrerin

Grünberg (epd). Die einzige Stelle für »Herzensbildung« in der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau (EKHN) ist neu besetzt worden: Pfarrerin Heike Düver (51) wurde am 28. August in einem Gottesdienst in der Laubacher Stadtkirche in ihr neues Amt eingeführt. Die Projektstelle »Herzensbildung« sei zunächst bis 2014 befristet, teilte die Öffentlichkeitsarbeit in den evangelischen Dekanaten

Grünberg, Hungen und Kirchberg mit. Die Stelle ist in den drei Dekanaten angesiedelt. Düver tritt die Nachfolge von Pfarrer Gerhard Kurmis an.

Mit »Herzensbildung« sei die Konzentration auf Spiritualität, Meditation und Arbeit mit Kindern gemeint. Zu Düvers Arbeitsschwerpunkten gehörten daher christliche Meditation, meditative Gottesdienste und Kindergottesdienste.

Kurhessische Landesfrauenkonferenz Anne Kahl ist neue Vorsitzende

Kassel (epd). Anne Kahl aus Oberaula ist neue Vorsitzende der Landesfrauenkonferenz der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck. Zu Kahls Stellvertreterin habe die Delegiertenversammlung Erika Senzel aus Biebergemünd gewählt, teilte das Referat Erwachsenenbildung der Landeskirche am 25. August in Kassel mit. Die Landesfrauenkonferenz ist ein ehrenamtliches Gremium, das die landeskirchliche Frauenarbeit begleitet. Die Delegierten werden in den Kirchenkreisen gewählt und vertreten die Frauen und Frauengruppen ihres Kirchenkreises auf landeskirchlicher Ebene.

KIRCHEN

Start mit Widrigkeiten

Im Herbst nimmt das erste Zentrum für Islamische Studien seine Arbeit auf

Frankfurt a.M. (epd). Wenn zum Wintersemester das erste vom Bund geförderte Zentrum für Islamische Theologie seinen Lehrbetrieb aufnimmt, werden etliche Studienbewerber leer ausgehen. Denn der Andrang in Tübingen ist größer als erwartet. Auf 40 ausgeschriebene Studienplätze hätten sich 70 Studenten beworben, sagte ein Universitätssprecher dem epd. Auch an anderen Universitäten, die sich im Auswahlverfahren für den Aufbau von Zentren für Islamische Studien durchgesetzt haben, ist das Interesse an der Ausbildung groß.

Bundesweit sollen in den nächsten Jahren vier Zentren für Islamische Theologie entstehen. Neben Tübingen sind das die Doppelstandorte Osnabrück/Münster, Erlangen/Nürnberg und Frankfurt/Gießen, die allesamt 2012 an den Start gehen. An den Hochschulen finanziert der Bund für die nächsten fünf Jahre Professuren, Mitarbeiterstellen sowie den wissenschaftlichen Nachwuchs. Insgesamt rund 18 Millionen Euro sollen nach Angaben des Bundesbildungsministeriums in diese Standorte fließen.

Mit dem Aufbau Islamischer Zentren soll eine Lücke geschlossen werden: Rund 2.000 islamische Religionslehrer, so die Schätzung des Ministeriums, werden in den nächsten Jahren für die rund 700.000 muslimischen Schüler gebraucht. Dann nämlich, wenn der islamische Religionsunterricht aus der Pilotphase heraustritt und ordentliches Lehrfach an den Schulen in den Bundesländern wird. Darüber hinaus sollen an den Zentren auch Imame, muslimische Sozialarbeiter und der wissenschaftliche Nachwuchs ausgebildet werden.

Rückgriff auf bestehende Infrastruktur

Und so hatte der Wissenschaftsrat, der das Bundesministerium mit Blick auf die Universitätsausbildung berät, einen Studienaufbau vorgeschlagen, der der christlichen Theologie an den Hochschulen in Deutschland sehr ähnlich ist: Neben einem exegetischen Fach sind hier unter anderem die Fächer systematische Theologie, historische Theologie und praktische Theologie vorgesehen. Die Universität Erlangen kündigte beispielsweise an, zum Sommersemester 2012 drei Professoren zu berufen - für Koranwissenschaften, Ethik sowie Religions- und Glaubenslehre.



Addussalah El Hamrouni, Islamwissenschaftler und Politologe, hält in der achten Klasse der Freiherr v. Stein Realschule in Düsseldorf den Islamkunde-Unterricht.

Nicht alle Universitäten beginnen bei Null. In Frankfurt und Erlangen, aber auch in Münster greifen die Zentren für Islamische Theologie auf eine bestehende Infrastruktur zurück. Schon 2004 richtete die Universität Münster als erste in Deutschland einen Lehrstuhl für »Religion des Islam« und die Islamlehrer-Ausbildung in Deutschland ein. Der islamische Theologe Mouhanad Khorchide bildet hier derzeit 43 Studenten zu Religionslehrern aus.

Dass das Interesse an dem neuen Islamischen Zentrum bundesweit groß ist, bekommt Khorchide an seinem Institut schon heute zu spüren. »In Münster haben wir jetzt schon viele Nachfragen«, sagt er und ergänzt mit Blick auf die Kapazitäten für den im kommenden Jahr beginnenden Studiengang: »300 bis 400 Studenten könnten wir aufnehmen.«

Dagegen steckt das Islamische Zentrum Tübingen noch in den Kinderschuhen. Gut einen Monat vor Semesterbeginn dringt über den Lehrinhalt wenig nach draußen. Ein Vorlesungsverzeichnis gibt es noch nicht und auch im Internet lässt sich noch nichts über die Unterrichtsfächer in Erfahrung bringen. Das liegt freilich auch am noch fehlenden Lehrpersonal: Noch ist unklar, wer in Tübingen unterrichten soll. Die Berufungsverfahren für die ersten Professorenstellen befinden sich in den letzten Zügen. Nach Angaben des Universitätssprechers wird eine Entscheidung nicht vor Mitte September bekanntgegeben.

Von Barbara Schneider (epd)

Auszeichnung

Kanzlerin Merkel mit Magdeburger Kaiser-Otto-Preis geehrt

Magdeburg (epd). Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) ist für ihre Verdienste um die Verständigung in Europa mit dem Kaiser-Otto-Preis 2011 der Stadt Magdeburg geehrt worden. Sie habe mit ihrem politischen und persönlichen Wirken konsequent den »europäischen Weg« beschritten, den andere große Führungspersönlichkeiten vor ihr eingeschlagen hätten, sagte Oberbürgermeister Lutz Trümper (SPD) am Mittwoch bei einem Festakt zur Preisverleihung im Magdeburger Dom.

Der Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt, Reiner Haseloff (CDU), würdigte die Kanzlerin vor rund 500 Persönlichkeiten aus Politik, Kirche und Gesellschaft als überzeugte und besondere Europäerin. In ihrer Laudatio auf Merkel nannte die litauische Staatspräsidentin Dalia Grybauskaitė die 57-jährige Politikerin »eine der engagiertesten Förderinnen des vereinten Europa«. Nicht nur die Zukunft Deutschlands, sondern auch Europas liege heute auf den Schultern der Kanzlerin.

Merkel verband ihre Dankesrede mit einem Plädoyer für den Euro. Ein politisches Hauptziel von ihr sei, den Weg aus der »Schulden-Union« zu verlassen und zu einer »Stabilitäts-Union« zu kommen. Scheitere der Euro, stehe das europäische Projekt insgesamt auf dem Spiel, betonte die Bundeskanzlerin.

Der Kaiser-Otto-Preis wurde von der gleichnamigen Magdeburger Kulturstiftung ins Leben gerufen. Erstmals wurde der Preis 2005 an Altbundespräsident Richard von Weizsäcker verliehen. Ihm folgten die lettische Staatspräsidentin Vaira Vīķe-Freiberga und der frühere polnische Außenminister Władysław Bartoszewski als Preisträger. Der Preisträger erhält jeweils eine Urkunde und eine Bronzemedaille.

Umwelt

Schwarz-Gelb plant kein Klimaschutzgesetz mehr

Berlin (epd). Die schwarz-gelbe Regierungskoalition will bis zur nächsten Bundestagswahl kein Klimaschutzgesetz erarbeiten. In einer Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der SPD-Bundestagsfraktion heißt es, die Regierung habe derzeit nicht die Absicht, ein Klimaschutzgesetz vorzulegen. »Die Bundesregierung kommt nicht zu Potte«, sagte der klimapolitische Sprecher der SPD, Frank Schwabe, der »Frankfurter Rundschau« (Dienstausgabe).

Zwar stehe die Regierung »hinter dem international vereinbarten Ziel, dass die Industrieländer ihre Treibhausgas-Emissionen bis 2050 um mindestens 80 Prozent gegenüber 1990 reduzieren«, heißt es in der Antwort der Bundesregierung. Das Ziel solle derzeit aber nicht verbindlich in einem Gesetz festgeschrieben werden, wie es etwa Großbritannien getan hat und wie Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg es planen.

Daneben kündigte die Bundesregierung an, Ende August im Kabinett den »Aktionplan Anpassung« zu beschließen. Dabei geht es um die Weiterentwicklung der deutschen Anpassungsstrategie an den Klimawandel von 2008.

Noch im vergangenen Jahr hatte Bundesumweltminister Norbert Röttgen (CDU) die Möglichkeiten eines Klimaschutzgesetzes prüfen lassen, war aber an Unionsfraktion und FDP gescheitert. Damit bleibt es für ganz Deutschland bei der unverbindlichen Absichtserklärung von 2007, die Emissionen bis 2020 um 40 Prozent gegenüber 1990 zu senken.

Ein verbindlicher Rahmen für den Klimaschutz sei dringend nötig, sagte Schwabe. Auch in der Frage eines höheren Sparziels in der EU sei Schwarz-Gelb gespalten: »Der Umweltminister ist für mehr Klimaschutz in der EU, der Wirtschaftsminister dagegen, die Kanzlerin schweigt«, kritisierte der SPD-Abgeordnete. Auch die Wirtschaft könne durch Planungssicherheit von gesetzlich fixierten Zielen profitieren.

Die EU hat bislang fest zugesagt, ihre Kohlendioxid-Emissionen bis 2020 um 20 Prozent zu senken. In der Debatte ist eine Erhöhung des Ziels auf 30 Prozent.

Statistik

Zahl der geduldeten Flüchtlinge weiterhin hoch

Berlin (epd). Die Zahl der Ausländer mit Duldung ist trotz neuer Bleiberechtsregelungen unverändert hoch. Zur Jahresmitte lebten rund 87.300 Geduldete in Deutschland, wie aus einer Antwort der Bundesregierung auf eine Parlamentarische Anfrage der Linksfraktion hervorgeht, die am Donnerstag in Berlin veröffentlicht wurde. 60 Prozent der Geduldeten sind seit mehr als sechs Jahren in Deutschland.

Geduldete Flüchtlinge haben keine Aufenthaltsgenehmigung, können aber aus verschiedenen Gründen Deutschland nicht verlassen. Wegen dieser Abschiebungshindernisse erhalten viele immer wieder eine Duldung, sogenannte Kettenduldungen. Geduldete dürfen den Landkreis, in dem sie sich aufhalten, nicht verlassen

und können nach Ablauf der Duldung ohne Ankündigung abgeschoben werden. Nach einem Jahr dürfen sie eine Arbeit aufnehmen, wenn dafür kein Deutscher oder EU-Bürger zur Verfügung steht.

2009 hatten sich die Länder-Innenminister auf eine Verlängerung der Bleiberechtsregelung für Geduldete geeinigt. Nach der Regelung hatten 63.000 langjährige Geduldete eine Aufenthaltserlaubnis bekommen, knapp 31.000 von ihnen aber nur »auf Probe«, weil sie ihren Lebensunterhalt noch nicht dauerhaft sichern konnten. Dieser Aufenthalt auf Probe gilt seit der Verlängerung bis Ende dieses Jahres.

Die innenpolitische Sprecherin der Linksfraktion, Ulla Jelpke, forderte ein großzügiges Bleiberecht. Abschiebungen von Menschen, die seit vielen Jahren in Deutschland lebten, seien inakzeptabel. Die Bleiberechtsregelungen der vergangenen Jahre seien zu restriktiv gewesen, kritisierte Jelpke.

UNICEF

Abschiebungsstopp für Roma-Kinder gefordert

Köln (epd). In das Kosovo abgeschobene Roma-Kinder leiden nach Angaben des UN-Kinderhilfswerks UNICEF weiter unter sehr schlechten Lebensbedingungen. Die

Rückführung aus Deutschland und anderen europäischen Ländern in die Balkan-Republik komme für die meisten Kinder immer noch einer Abschiebung ins Elend gleich, kritisierte Tom Koenigs von UNICEF Deutschland am Freitag in Köln. Viele zurückgeführte Familien lebten in heruntergekommenen Wohnungen ohne Heizungs- und Wasseranschluss und seien ohne Anspruch auf Sozialhilfe. Drei Viertel aller in das Kosovo abgeschobenen Roma-, Ashkali- und Ägypter-Kinder besuchten keine Schule.

Wegen der verzweifelten Lage der abgeschobenen Kinder fordert das Hilfswerk der Vereinten Nationen den Stopp der Zwangsabschiebungen und ein dauerhaftes Bleiberecht für in Deutschland geborene und integrierte Roma-Kinder. Die kosovarische Regierung habe zwar erstmals einen mit 3,4 Millionen Euro ausgestatteten Reintegrationsfonds aufgelegt. »Tatsächlich fehlt es an politischem Willen und die Umsetzung der vorgesehenen Reintegrationsmaßnahmen auf der Ebene der Gemeinden ist weiterhin völlig unzureichend«, kritisierte das Hilfswerk.

In Deutschland stehen den Angaben zufolge bis zu 6.000 Kinder aus Roma-, Ashkali- und Ägypterfamilien vor der Abschiebung. Nordrhein-Westfalen, Sachsen-Anhalt und Bremen haben inzwischen veranlasst, dass vor Rückführungen in jedem Einzelfall die Folgen für das Kindeswohl überprüft werden müssen.

Dalai Lama dankt Westen und chinesischen Intellektuellen

Ministerpräsident Bouffier bekundet Solidarität

Wiesbaden (epd). Der Dalai Lama hat chinesischen Intellektuellen für die Unterstützung des tibetischen Volks im Kampf um mehr Unabhängigkeit gedankt. In den vergangenen Jahren seien immer mehr Intellektuelle Tibet bei ihrem gewaltlosen Eintreten beigespungen, sagte das geistliche Oberhaupt der sechs Millionen Tibeter am 23. August im Wiesbadener Landtag. »Das ist für uns ein sehr hoffnungsvolles Zeichen.« Der Dalai Lama sprach am zweiten Tag seiner dreitägigen Hessen-Reise zu den Abgeordneten.

Vor über 100 Parlamentariern und Ehrengästen äußerte er sich zudem zufrieden über die Solidarität des Westens mit Tibet: »Die Unterstützung aus der freien Welt ist eine starke Botschaft an die chinesische Regierung«, sich des Problems anzunehmen, sagte der 76-jährige Friedensnobelpreisträger. Eine Lösung der tibetischen Frage könne jedoch nur zwischen Han-Chinesen und Tibetern erreicht werden.

Der Dalai Lama strich heraus, dass sein Rückzug von den politischen Ämtern ein wichtiger Schritt für Tibet auf dem Weg zu Demokratie sei. Das tibetische Volk sei »auf der Höhe der Zeit angekommen«, sagte er. Gleichzeitig warf er dem chinesischen Regime vor, »ihn als Dämon« zu bezeichnen. Mit Blick auf seinen Rückzug als politischer Führer ergänzte er mit ironischem Unterton: »Ich denke, in diesem Punkt hat der Dämon mehr geleistet als die chinesische Führung.«

Ministerpräsident Volker Bouffier (CDU) nannte den Kampf des Dalai Lamas für mehr Unabhängigkeit seines Volkes legitim: »Wir wünschen Ihnen und dem tibetischen

Volk Erfolg in ihrem Bemühen um kulturelle Autonomie. Die hessische Landesregierung unterstützt dieses Bemühen«, sagte der CDU-Politiker und ergänzte sogleich: »Wir legen Wert auf gute Beziehungen zu China.«

In den vergangenen Wochen hatte China gegen den Besuch des Dalai Lamas in Hessen protestiert. Der chinesische Generalkonsul Wen Zhenshun wurde im Landtag und in der Staatskanzlei vorstellig, wie die Sprecherin des Landtags, Heike Dederer, sowie der Regierungssprecher Michael Bußer bestätigten.

Der Dalai Lama war bereits mehrfach in Hessen, der ehemalige Ministerpräsident Roland Koch (CDU) pflegte enge Kontakte zum geistlichen Oberhaupt der Tibeter. Der Ex-Regierungschef und der Dalai Lama nennen sich Freunde. Zum Abschluss seiner Visite in Hessen besucht er diesen Mittwoch die Johann-Peter-Schäfer-Schule in Friedberg und hält dort eine Rede.

Der Dalai Lama wurde am 6. Juli 1935 unter dem Namen Lhamo Thöndup im Nordosten Tibets geboren. Nach der chinesischen Invasion in Tibet und dem Volksaufstand in der tibetischen Hauptstadt Lhasa floh er 1959 nach Indien. Seitdem hat er seinen Sitz in der nordindischen Stadt Dharamsala, ebenfalls Sitz der tibetischen Exilregierung.

Das geistliche Oberhaupt setzt sich seit Jahrzehnten für die Selbstbestimmung der Tibeter ein. Dabei plädiert er für eine Autonomie und gewaltfreies Vorgehen. Die chinesische Regierung lehnt einen Dialog mit ihm ab. Im vergangenen März zog er sich von seinen politischen Ämtern zurück.

Dalai Lama ruft zu universaler Ethik auf

Frankfurt a.M. (epd). Der Dalai Lama (76) hat am 22. August in Frankfurt am Main zur Formulierung einer universalen Ethik aufgerufen. »Wir müssen Verantwortung global denken«, sagte das geistliche Oberhaupt der Tibeter in einer Rede vor 200 Studenten, Professoren und Freunden der Goethe-Universität. Eine universale Ethik müsse eine säkulare sein, die nicht religiös begründet werde. Ethiken, die religiös begründet seien, könnten nie universal sein.

Als Vorbild für einen Säkularismus nannte der Dalai Lama Indien. Dort würden alle religiösen Überzeugungen und auch Nichtgläubige respektiert. »Wir müssen

gewaltfreie Wege gehen und in ein Jahrhundert des Dialogs eintreten«, sagte er. Alle Menschen seien Brüder und Schwestern. Friede müsse dabei im Innern jedes Menschen entstehen. Bildungsinstitutionen hätten die Aufgabe der ethischen Erziehung und Bildung.

Als eigene Vorbilder nannte der Friedensnobelpreisträger den Pionier des gewaltfreien Widerstands und indischen Freiheitskämpfer Mahatma Gandhi (1869-1948) und den gewaltfreien Kämpfer gegen die Apartheid und Friedensnobelpreisträger, den ehemaligen südafrikanischen Erzbischof Desmond Tutu (geb. 1931). Auch für sein Gastland hatte er Worte des Lobes: »Ich bewundere

wirklich die deutsche Nation«, sagte er. Deutschland habe sich aus der Asche des Zweiten Weltkriegs erhoben, ohne einen Groll gegen die ehemalige Feindnation USA zu hegen.

»Wir begrüßen ein Symbol der Freiheit für die ganze Erde«, sagte der hessische Ministerpräsident Volker Bouffier (CDU) zur Eröffnung. Der Dalai Lama sei ein Freund Hessens. »Es ist möglich, eine enge Beziehung zu dem tibetischen Volk und gute Beziehungen zu China zu haben«, betonte Bouffier. Der Dalai Lama hält sich bis Mittwoch auf Einladung Bouffiers und des Landtagspräsidenten Norbert Kartmann (CDU) bis Mittwoch in Hessen auf.

Vor seiner Ansprache an der Goethe-Universität Frankfurt besuchte das geistliche Oberhaupt der Tibeter das Kloster Seligenstadt, am 23. August sprach er

vor dem hessischen Landtag in Wiesbaden und am 24. August in der Blindenschule Johann-Peter-Schäfer-Schule in Friedberg. Am 21. August redete der Dalai Lama auf einem Kongress über Achtsamkeit und Buddhismus an der Universität Hamburg.

Hessen pflegt seit Jahren Kontakt zum Dalai Lama; dies geht wesentlich auf den früheren Ministerpräsidenten Roland Koch (CDU) zurück. 2005 wurde der Dalai Lama in Wiesbaden mit dem Hessischen Friedenspreis ausgezeichnet, 2007 sprach er auf dem Hessestag, 2009 erhielt er die Ehrendoktorwürde der Universität Marburg und sprach in der Frankfurter Commerzbank-Arena vor Zehntausenden von Zuhörern. Nach Angaben des Genfer Tibet-Büros hat der Dalai Lama die Bundesrepublik seit 1973 rund 35 Mal besucht.

Der Friedhof des Herrn K.

Als Bauland ausgewiesenes jüdisches Gräberfeld sorgt für Ratlosigkeit

Mainz (epd). Das Bauschild auf der Wiese ist wieder abgebaut, und die neue Einbauküche bleibt wohl noch länger in einer Garage eingelagert. Derzeit steht für Matthias K. aus dem rheinland-pfälzischen Wallertheim in den Sternen, wie es mit seinem Traum vom Eigenheim weitergeht. Der Unternehmensberater hatte ein Baugrundstück gekauft und wurde damit, ohne es zu ahnen, zum Eigentümer des alten jüdischen Dorffriedhofes. Für gläubige Juden stellen Bauarbeiten auf einem für die Ewigkeit angelegten Gräberfeld einen inakzeptablen Tabubruch dar.

Seit die Kreisverwaltung Alzey-Worms vor zwei Monaten einen Baustopp anordnete, steckt der 30-jährige Bauherr in einem Dilemma, an dem er selbst offensichtlich keinerlei Schuld trägt. Das Gelände war 1992 von der Gemeinde als Baugebiet ausgewiesen worden, alle nötigen Genehmigungen lagen bereits vor. Derzeit versuchen die zuständigen Behörden das weitere Prozedere zu klären. Auch eine internationale Rabbiner-Delegation wollte sich am Dienstag vor Ort ein Bild von der Lage machen.

Matthias K. hat, wie er selbst sagt, längst kein Interesse mehr daran, auf einem Friedhof zu bauen. Aber er fürchtet auch, auf Kosten von schätzungsweise 200.000 Euro sitzen zu bleiben, obwohl er selbst nichts Falsches getan habe: Ausgaben für ein nicht verwertbares Grundstück, Grunderwerbssteuer, Konventionalstrafen an das Bauunternehmen und die Bank. »Das sind Summen, bei denen es um die finanzielle Existenz geht«, sagt er.

Nachdem er etliche Stunden mit Archivanfragen und dem Studium alter, teils in Sütterlinschrift verfasster Akten verbracht hatte, konnte Matthias K. die Geschichte des bis ins 19. Jahrhundert hinein genutzten Friedhofs inzwischen weitgehend rekonstruieren. Demnach war das Grundstück 1934 bei einem Flurbereinungsverfahren von einem privaten Eigentümer übernommen worden. Der Zeitpunkt und die geringe Entschädigung legen die Vermutung nahe, dass die Abtretung unter Zwang erfolgte. Als Verwandte des heutigen Eigentümers die Fläche erwarben, hatte die im Laufe der Jahre schon mehrfach den Besitzer gewechselt.

Nach dem Ende der Hitler-Barbarei hatte sich die junge Bundesrepublik gegenüber dem Zentralrat der Juden verpflichtet, das ewige Ruherecht auf den jüdischen Gräberfeldern zu respektieren und die Anlagen zumindest mit einfachen Mitteln instand zu halten. Doch die Verpflichtung gilt nur für diejenigen Flächen, die in eine Liste mit bundesweit rund 2.000 Friedhöfen aufgenommen wurden. Der alte jüdische Friedhof von Wallertheim fehlt dort, anders als ein zweites, neueres Gräberfeld im Ort.

Einen Rechtsanspruch darauf, das Gelände auf ewige Zeit unangetastet zu erhalten, gebe es deshalb im vorliegenden Fall nicht, sagt Bauamtsleiter Herbert Schmitt: »Wir bewegen uns auf dem Boden des Moralischen.« Wieso die Gräber in Vergessenheit gerieten, bleibt vorerst unklar. Weder der Ortsbürgermeister noch die jüdi-

sche Gemeinde Mainz wollten sich auf Anfrage zu der Angelegenheit äußern.

Es muss aber vor Ort immer Einwohner gegeben haben, die sehr wohl über die Vorgeschichte des Grundstücks Bescheid wussten. So wurde der Baustopp erlassen, bevor die Arbeiten überhaupt begonnen hatten - weil die Denkmalschutzbehörde den Hinweis eines Wallertheimers erhalten hatte, dass in seinem Dorf ein jüdischer Friedhof zugebaut werden solle.

Auch anderenorts in der Bundesrepublik scheiterten Bauvorhaben bereits an unerwartet entdeckten jüdischen

Gräbern. In Mainz etwa waren Arbeiter im Jahr 2007 in einer Baugrube nahe des bekannten jüdischen Friedhofs auf teils über 900 Jahre alte Grabsteine gestoßen. Die Stadt ließ das Projekt stoppen und stellte dem Bauunternehmer ein Alternativgrundstück zur Verfügung. Gegen den Bau eines Einkaufszentrums in Hamburg-Ottensen demonstrierten Anfang der 1990er Jahre fromme Juden aus aller Welt. Das Gebäude wurde trotz der Proteste fertiggestellt, aber zumindest ohne die ursprünglich geplante Tiefgarage. *Von Karsten Packeiser (epd)*

Das Stichwort

Totenruhe im Judentum

Mainz (epd). Nach dem jüdischen Religionsgesetz, der Halacha, darf die Totenruhe grundsätzlich nicht gestört werden. Jüdische Gräber gelten als Eigentum der Toten und dürfen - bis zur erwarteten Auferstehung der Verstorbenen - nicht angerührt oder aufgelöst werden. Eine Wiederverwendung von Gräbern, wie auf christlichen Friedhöfen in Deutschland weit verbreitet, ist wegen des ewigen Ruherechts im Judentum undenkbar.

Auch Friedhöfe, die im Laufe der Geschichte geschändet und eingeebnet wurden, können nach jüdischer Auffassung nicht neu genutzt oder gar bebaut werden. Eine Umbettung der sterblichen Überreste Verstorbener ist nur in äußerst seltenen Sonderfällen erlaubt.

In der Bundesrepublik gibt es derzeit rund 2.000 jüdische Friedhöfe. Viele von ihnen liegen in Dörfern und Kleinstädten, in denen seit dem Holocaust kein eigenständiges jüdisches Leben mehr existiert. Daher ist derzeit allein die Jüdische Gemeinde in Mainz für rund 70 Friedhöfe zuständig, die verteilt auf das Gebiet mehrerer Städte und Landkreise liegen.

Seit dem Ende der NS-Zeit kümmern sich vielfach Mitarbeiter der jeweiligen Kommunen um Instandhaltungsarbeiten, wie die Sicherung von Grabsteinen und Friedhofsmauern. Nach Einschätzung des Mainzer Judaistik-Professors Andreas Lehnardt kommt der Staat seinen Verpflichtungen meist in vorbildlicher Weise nach. Mancherorts würden selbst jahrhundertealte historische Grabsteine wie neu aussehen.

»Vielleicht ist das gar nicht im Sinne des Erfinders«, sagte Lehnardt dem epd. Traditionell seien jüdische Gräber nie so intensiv gepflegt worden wie die auf christlichen Friedhöfen. Sie seien zwar auf ewig angelegt, würden aber in der Regel irgendwann sich selbst überlassen.

Grabsteine seien auch nach jüdischem Verständnis keine Kulturdenkmäler, die erhalten werden müssten.

Schülerbeförderung

Fünft- bis Zehntklässler fahren kostenlos

Mainz (epd). Ab dem kommenden Schuljahr müssen sich Eltern von Fünft- bis Zehntklässlern in Rheinland-Pfalz nicht mehr an den Kosten für die Schülerbeförderung beteiligen. Die Landesregierung einigte sich am 23. August auf eine entsprechende Gesetzesinitiative. Bislang hatten nur Haupt- und Realschüler Anspruch auf eine kostenlose Beförderung zur nächstgelegenen Schule. Diese Regelung hatte der Verfassungsgerichtshof in Koblenz jedoch Ende 2010 als rechtswidrig verworfen und das Land zu einer Gesetzesänderung bis Juli 2012 verpflichtet.

Nach Angaben des Bildungsministeriums führt die Abschaffung der Elternbeiträge bei Land und Kommunen zu zusätzlichen Ausgaben in Höhe von jährlich etwa 15 Millionen Euro. Landesweit nutzen etwa 70 Prozent aller Fünft- bis Zehntklässler an Gymnasien und Gesamtschulen Busse oder die Eisenbahn, um zum Unterricht zu gelangen. Bislang war etwa ein Viertel aller Gymnasiasten und Gesamtschüler von der Eigenbeteiligung befreit, weil die Eltern nur über ein geringes Einkommen verfügten.

Inklusive Bildung

UNESCO-Kommission berät deutsche Regionen

Wiesbaden/Bonn (epd). Die Deutsche UNESCO-Kommission berät am 25. August in Bonn erstmals Regionen zur Umsetzung von inklusiver Bildung. Die hessische Landeshauptstadt Wiesbaden, die Städtereion Aachen und der Landkreis Oberspreewald-Lausitz seien aus fast

30 Bewerbern ausgewählt worden, erklärte die Kommission am 24. August in Bonn. Die Beratung wird nach dem ersten Treffen in den drei Regionen vor Ort fortgesetzt. Inklusion soll allen Kindern eine qualitativ hochwertige Bildung ermöglichen, unabhängig von Lernbedürfnissen, Geschlecht oder Herkunft. Das Projekt wird von der Peter-Ustinov-Stiftung unterstützt.

Wiesbaden erarbeite derzeit einen kommunalen Aktionsplan zur inklusiven Bildung, sagte die Schuldezernentin Rose-Lore Scholz (CDU). Deutschland hat nach Angaben der UNESCO im internationalen Vergleich einen erheblichen Nachholbedarf beim Thema inklusive Bildung. Kinder mit besonderem Förderbedarf besuchten noch zu selten eine allgemeine Schule. Der Anteil liege in Deutschland bei lediglich 20 Prozent, hieß es. Kinder mit Migrationshintergrund seien besonders häufig auf Förderschulen zu finden, in denen sie keinen qualifizierenden Schulabschluss erhielten. Die drei ausgewählten Regionen wollen nun verstärkt inklusive Bildungsangebote schaffen.

Inklusive Bildung ist ein zentrales Anliegen der UNESCO. Sie wurde in der Salamanca-Erklärung 1994 festgelegt und 2008 auf der UNESCO-Weltbildungsministerkonferenz erneut bestätigt. Inklusion soll allen Menschen eine qualitativ hochwertige Bildung ermöglichen. Nach der UN-Behindertenrechtskonvention ist sie ein Menschenrecht. Die Konvention gilt seit März 2009 auch in Deutschland. Internet: www.unesco.de

Bestattungsgebühren Stadt Bacharach muss Friedhofssatzung umschreiben

Mainz (epd). Die Stadt Bacharach muss wegen überhöhter Gebühren voraussichtlich ihre Friedhofssatzung umschreiben. Das Mainzer Verwaltungsgericht gab in einem Eilverfahren einem Mann aus der Gemeinde recht, der für das Ausheben und Schließen eines Urnengrabes 613 Euro zahlen sollte. An der Rechtmäßigkeit der Gebührenberechnung bestünden erhebliche Zweifel, heißt es in der am 24. August bekanntgewordenen Entscheidung (AZ: 6 L 721/11.MZ.MZ).

Die Gemeinde im Mittelrheintal hatte für Urnengräber vier- bis siebenmal höhere Gebühren festgelegt als die Nachbarorte. Dort werden den Angehörigen nur zwischen 80 und 150 Euro in Rechnung gestellt. Die beklagte Gemeinde hatte die Gebührensätze damit begründet, dass es sich um eine sogenannte Mischkalkulation handele. Eine Reduzierung der Gebühren für Urnengräber hätte

zwangsläufig höhere Gebühren für Erdbestattungen zur Folge. Die Mainzer Richter urteilten, Bürger dürften nicht mit Kosten belastet werden, die zum Teil an anderer Stelle anfallen und mit den erbrachten Leistungen nichts zu tun haben.

Wetzlarer Gespräche Soziologin spricht über Entwicklung in Burkina Faso

Wetzlar (epd). Im Rahmen des Wetzlarer Gesprächs zum Thema »Burkina Faso - ein Land im Wandel« hat die Soziologin Marie-Bernadette Kabré aus Ouagadougou die Veränderungs- und Modernisierungsprozesse in dem afrikanischen Staat deutlich gemacht. Zu den großen Errungenschaften der seit 1990 angelaufenen Demokratisierung gehöre die veränderte Rolle der Frauen, sagte Kabré, die auch Buchautorin und Pädagogin ist, nach Angaben der Evangelischen Kirchenkreise Wetzlar und Braunfels vom 24. August.

Die von der Regierung gewährten Mikrokredite ermöglichten Frauen seit dem Jahr 2005, eigene Konten zu eröffnen. Sie dürften Grundstücke besitzen, Berufe ergreifen und sogar Leitungsfunktionen in Unternehmen übernehmen, sagte die Referentin. Den Vortragsabend im Wetzlarer Haus der Kirche und Diakonie hatten der Sozialethische Ausschuss der Evangelischen Kirchenkreise Braunfels und Wetzlar sowie der Synodale Arbeitskreis »Brot für die Welt-TIKATO« veranstaltet.

Kabré sprach aber auch von dem wachsenden Ernährungsproblem durch die vorhersehbare Bevölkerungsexplosion: »Die Zahl der Einwohner wird von 13 Millionen heute auf 16 Millionen im Jahr 2015 ansteigen«, sagte sie. Es gebe nicht genug Land, um alle zu ernähren. Seit Februar erschütterten Unruhen das Land in der Sahelzone, die Grundnahrungsmittel seien innerhalb kurzer Zeit sehr teuer geworden. Zudem stünden dem aufwärtstrebenden Tourismus die ungelösten Alltagsprobleme der Menschen gegenüber.

»Eure Spende ermöglicht es den jungen Menschen, im Land zu bleiben«, sagte Kabré, die 2007 eine Studie über den Tikato-Staudamm verfasst hatte. Die Zahl der Produzenten um den See herum wachse jährlich. Seit rund vier Jahrzehnten unterstützen evangelische Kirchengemeinden an Lahn und Dill durch Spenden Projekte in Burkina Faso.

Das größte Projekt dabei ist der Tikato-Staudamm, der nach der Regenzeit zehn Monate lang 5.000 Menschen mit Wasser versorgen kann. Der 2009 durch ein Unwetter zerstörte Staudamm sei inzwischen unter ho-

her Spendenbeteiligung wieder aufgebaut worden, hieß es. Offen bleibt aus Sicht der Soziologin die Frage, wie die Menschen in dem laut UN-Statistik drittärmsten Land der Erde ohne internationale Unterstützung überleben können.

Internet: www.tikato-burkina-faso.de

Deutscher Alpenverein Mainzer errichten Wegkapelle in den Tiroler Alpen

Mainz (epd). Die Mainzer Sektion des Deutschen Alpenvereins (DAV) hat mitten in den Tiroler Alpen eine Wegkapelle errichtet. Der Bau befindet sich neben der von den Mainzer Alpinisten betriebenen Kaunergrathütte auf 2817 Metern Höhe und soll Bergsteigern einen Ort für stille Andachten bieten. Die Kosten in Höhe von rund 27.000 Euro seien durch Spenden finanziert worden, sagte Peter Skoda von der Mainzer DAV-Sektion am 22. August dem epd. Ein Großteil davon sei für Hubschrauberflüge angefallen, mit denen das Baumaterial in die Berge gebracht wurde.

Eine Baufirma aus Ingelheim habe daneben auf eigene Kosten zwei Maurer in die Berge entsandt, die im Juli trotz extremer Wetterbedingungen mit Frosteinbruch nur fünf Tage für den Bau benötigt hätten. Das »höchstgelegene Mainzer Gotteshaus« soll bei einer Bergmesse am 3. September dem Heiligen Martin geweiht werden. Für Gottesdienste ist die Kapelle allerdings zu klein, gleichzeitig passen höchstens zwei Personen ins Innere. Vergleichbare Bauwerke gibt es in den Alpen bereits in der Nähe einer ganzen Reihe anderer Berghütten.

Internet: www.kaunergrathuette.at

Sonnenenergie Weltgrößter Solarkongress in Kassel

Kassel (epd). Der weltweit größte wissenschaftliche Kongress zu Sonnenenergie und Solararchitektur startet am Sonntag, 28. August, in Kassel. Mit einem Empfang der Stadt, Universität und der Internationalen Gesellschaft für Solarenergie werde der »Solar World Congress 2011« eröffnet, teilte die Universität Kassel am 23. August mit. Zu dem Kongress würden rund 700 Teilnehmer aus 70 Ländern erwartet.

In 325 Vorträgen werde man sich unter anderem mit der Entwicklung von solarbetriebenen Klimaanlage, solaren Meerwasserentsalzungsanlagen oder der Dampfvorsorgung aus Sonnenenergie befassen, so die Universität weiter. Der von der Universität organisierte Kongress biete darüber hinaus einen Überblick über die Entwicklung der erneuerbaren Energien insgesamt. Es werde auch um internationale Kooperationen bei erneuerbaren Energien und um die globalen Rahmenbedingungen dafür gehen.

Arbeitsrecht Kündigung wegen öffentlicher Kritik an der Firma unzulässig

Mainz (epd). Arbeitgeber müssen öffentliche Kritik durch Mitglieder des Unternehmensbetriebsrats bis zu einem bestimmten Ausmaß hinnehmen. Das rheinland-pfälzische Landesarbeitsgericht wies die Berufungsklage einer Großbäckerei aus der Hunsrück-Region zurück (AZ: 6 Sa 713/10). Die frühere Betriebsratsvorsitzende hatte in einem Fernsehinterview unter anderem kritisiert, dass Pausenzeiten in der Firma nicht eingehalten würden. Nach der Veröffentlichung hatte sie zu unrecht eine außerordentliche Kündigung erhalten, wie das Gericht am 26. August in Mainz mitteilte.

Erfolglos blieb dagegen die Berufung der früheren Beschäftigten gegen eine später ausgesprochene ordentliche Kündigung. Die erfolgte, weil der Betrieb im Oktober 2010 komplett geschlossen wurde. Die Bäckerei war wegen der dort herrschenden Arbeitsbedingungen bereits 2008 nach einer verdeckten Recherche des Enthüllungsjournalisten Günter Wallraff massiv in die Kritik geraten.

»Der Arbeitgeber muss durchaus eine Kritik an seiner Betriebsführung hinnehmen«, heißt es in dem Urteil. Mitglieder des Betriebsrats könnten »im Rahmen einer Zuständigkeit selbst darüber entscheiden, wann und in welchem Umfang eine öffentliche Stellungnahme angebracht ist«. Eine Grenze der Meinungsfreiheit sei erst erreicht, wenn »konkrete Gefahren für Betriebsabläufe oder für die Außenwirkung des Unternehmens« drohten. Im vorliegenden Fall sei das Verhalten der Betriebsratsvorsitzenden nicht zu beanstanden gewesen, weil alle internen Bemühungen, die Situation zu verbessern, ergebnislos verlaufen seien.

Studie

Nach Heirat oder Rente ändert sich die Persönlichkeit

Mainz/Münster (epd). Einschneidende Lebensereignisse wie Heirat, Geburt eines Kindes, Berufs- oder Renteneintritt können die Persönlichkeit des Menschen entscheidend beeinflussen. »Ändert sich unser Leben maßgeblich, dann hat das auch Auswirkungen auf unsere eigentlich stabile Persönlichkeit«, erklärte die Psychologin Jule Specht, Mitautorin einer Studie der Universitäten Mainz, Münster und Leipzig, am 26. August in Münster. Die Ergebnisse zeigten, dass die Persönlichkeit insbesondere bis zum Alter von 30 Jahren und ab 70 Jahren bedeutenden Veränderungen unterliege.

So würden junge Erwachsene mit dem Eintritt in den Beruf deutlich gewissenhafter, heißt es in der Mitteilung der Universität Münster. Diese Gewissenhaftigkeit halte allerdings nur bis zur Rente an. Auch nehme nach einer Eheschließung die Offenheit für neue Erfahrungen ab und steige nach einer Trennung - zumindest bei den Männern - wieder an. An fast 15.000 Testpersonen war 2005 und 2009 untersucht worden, wie sich besondere Ereignisse auf den Charakter auswirken.

Die Eigenschaften eines Menschen seien also nicht starre Charakterzüge, sondern die Persönlichkeit könne sich im Laufe eines Lebens ändern, heißt es in der Studie. Sie erschien im aktuellen »Journal of Personality and Social Psychology«, einer wissenschaftlichen Zeitschrift für den Bereich der Persönlichkeits- und Sozialpsychologie. Untersucht wurden fünf zentrale Persönlichkeitsmerkmale: emotionale Stabilität, Extraversion (etwa Geselligkeit), Offenheit für Erfahrungen, Verträglichkeit und Gewissenhaftigkeit.

Für ihre Studie nutzten die Psychologen die Datenbasis des »Sozio-oekonomischen Panels« (SOEP) des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung in Berlin, eine der ältesten und größten Längsschnittstudien privater Haushalte.

Willy-Pitzer-Preis

Friedrich von Metzler wird geehrt

Bad Nauheim (epd). Der Frankfurter Bankier, Stifter und Mäzen Friedrich von Metzler erhält den Willy-Pitzer-Preis 2011. Von Metzler werde für sein Lebenswerk geehrt, in dem er den Stiftungsgedanken und soziales Engagement außerordentlich gefördert habe, teilte der Vorstandsvorsitzende der Willy-Robert-Pitzer-Stiftung, Helmut Häuser, am 26. August in Bad Nauheim mit. Der mit 25.000 Euro

dotierte Preis wird alle zwei Jahre für herausragendes soziales Engagement oder hervorragende wissenschaftliche Arbeiten vergeben.

Friedrich von Metzler habe es immer herausragend verstanden, erfolgreiches Unternehmertum wirksam in Projekte sozialer Verantwortung und kulturelles Engagement umzusetzen, würdigte Häuser. Die Preisverleihung findet im Rahmen der Feier zum zehnjährigen Bestehen der Willy-Robert-Pitzer-Stiftung am 16. September in der Trinkkuranlage Bad Nauheim statt. Die Laudatio hält der Präsident der Marburger Von-Behring-Röntgen-Stiftung und frühere hessische Staatssekretär für Wissenschaft und Kunst, Joachim-Felix Leonhard.

Internet: www.wrp-stiftung.de

Nordhessen

Brettspiel erinnert an historischen Kanal und Eisenbahn

Bad Karlshafen/Kassel (epd). Ein Brettspiel zur Geschichte der nordhessischen Carlsbahn und des Landgraf-Carl-Kanals haben die Universität und der Landkreis Kassel herausgebracht. Das Spiel unter dem Namen »Vorwärts, Carl« erinnere an die ehemalige Eisenbahnstrecke von Hofgeismar-Hümme nach Bad Karlshafen sowie das große Kanalprojekt des Landgrafen Carl aus dem 18. Jahrhundert, teilte der Landkreis am 23. August in Kassel mit. Ziel des Spiels sei es, die Routen der beiden Verkehrswege auf dem Spielplan aufzubauen.

In dem Spiel geht es den Angaben zufolge außerdem darum, auf dem Weg liegende Kulturgüter, Wälder oder Naturschutzgebiete zu erhalten. Bestimmte Bauvorhaben sind nur möglich, wenn die Mehrheit der Mitspieler zustimmt. Die Idee zu dem Spiel ist von Kasseler Studenten in einem Projekt zur Landschaftsplanung und -nutzung entwickelt worden.

Landgraf Carl (1654-1730), der vor allem für sein großzügiges Asyl für die hugenottischen Glaubensflüchtlinge bekanntgeworden ist, hatte zu Beginn des 18. Jahrhunderts einen zur Schifffahrt tauglichen Kanal von der Weser zur Lahn geplant, der allerdings nur auf einer Länge von rund 20 Kilometern realisiert wurde. Die Carlsbahn, die 1848 fertiggestellte Eisenbahnverbindung zwischen Hofgeismar-Hümme und Bad Karlshafen, sollte durch ihre Namensgebung an den Landgrafen erinnern. Ihr Betrieb wurde 1986 eingestellt.

Das Spiel »Vorwärts, Carl« ist im Tierpark Sababurg, dem Wasserschloss Wülmersen sowie im Sekretariat des Fachgebiets Landschaftsschutz/Landschaftsnutzung der Universität Kassel zum Preis von 9,90 Euro erhältlich.

Kampf dem Menschenhandel

Diakonie und Kirchen wollen mit EU-Hilfe Netzwerk aufbauen

Bremen (epd). Menschenhandel verhindern und Opfer unterstützen: Mit diesem Ziel wollen Kirchen und Diakonie mit EU-Hilfe ein internationales Netzwerk mit Partnern hauptsächlich in Rumänien und Deutschland aufbauen. »Dabei geht es ganz allgemein um Menschenhandel zur Ausbeutung der Arbeitskraft in der Pflege, auf dem Bau und im Haushalt«, sagte die nationale Koordinatorin des Modellprojekts, Doris Köhncke, am Freitag in Bremen. »Ausbeuterische Jobs gibt es aber auch in der Landwirtschaft, in Restaurantküchen und im Transportwesen.«

Auch sexuelle Ausbeutung durch Zwangsprostitution ist ein Thema, das bei dem zweijährigen Projekt eine Rolle spielt. »Wer zu lange arbeiten muss, keinen Arbeitsschutz hat und wenig oder auch gar keinen Lohn erhält, ist ausbeuterischen Arbeitsverhältnissen ausgesetzt«, erläuterte Köhncke. Behörden und Gewerkschaften sehen in den Betroffenen in der Regel kriminelle Schwarzarbeiter. »Wir wollen eine andere Perspektive einnehmen, denn eigentlich sind sie Opfer einer Ausbeutung, die nichts anderes als eine massive Menschenrechtsverletzung ist.«

Information im Mittelpunkt

Deshalb spielt Information eine wichtige Rolle - gegenüber den Opfern genauso wie gegenüber Gewerkschaften und Behörden. Das Projekt wird von der EU mit knapp 280.000 Euro gefördert und wurde von der Ökumenischen Vereinigung von Kirchen in Rumänien initiiert. Weitere Partner sind die Stiftung Lampas aus Rumänien und der Verein für Internationale Jugendarbeit in Stuttgart. In der Projektphase bis 2013 arbeiten Beratungs- und Präventionsstellen in Bremen und Stuttgart mit rumänischen Initiativen in Oradea und Iasi zusammen.

Missbrauch

Opfer fordern Wahl eines Bundesbeauftragten

Berlin (epd). Vertreter von Missbrauchsoffern haben einen Bundesbeauftragten gegen sexualisierte Gewalt und sexuellen Missbrauch gefordert. Wenn die gegenwärtige unabhängige Beauftragte, Christine Bergmann, im Oktober aus ihrem Amt ausscheide, müsse ihre Arbeit in anderer Form fortgesetzt werden, erklärte die Bundesinitiative der Betroffenen von sexualisierter Gewalt

Wer bei Razzien von Zoll und Polizei aufgegriffen werde, wolle in der Regel nicht als Zeuge aussagen, sagte die Stuttgarter Beraterin Maria Livia Simo. Ihre Bremer Kollegin Sagitta Paul ergänzte, mit dem Projekt wollten die Partner Informationen zusammentragen, wie Menschenhandel funktioniert, wie Opfern geholfen werden könne und wie überhaupt erst ein Kontakt möglich sei. Das könne beispielsweise über Ärzte, eine Kleiderkammer oder Kirchengemeinden geschehen. »Die Hilfe spricht sich rum«, zeigte sich Köhncke überzeugt.

Beratungsstellen werden vernetzt

Bestehende Beratungsstellen sollen dabei miteinander verbunden werden. So haben evangelische Kirche und Innere Mission in Bremen eine Beratungsstelle für Opfer von Menschenhandel und Zwangsprostitution gegründet. Im Stuttgarter Fraueninformationszentrum leitet Simo seit einiger Zeit unter dem Titel »FairCare« eine Beratungsstelle für Menschen, die etwa in der häuslichen Pflege ausgebeutet werden.

Viele der Opfer von Menschenhandel und Zwangsprostitution sind osteuropäische Frauen. Sie werden unter Vorspiegelung seriöser Arbeitsangebote nach Deutschland gelockt. Schleuserbanden nehmen ihnen ihre Pässe ab und setzen sie psychisch und physisch unter Druck. Die Frauen werden meistens von der Polizei bei Razzien aufgegriffen und sind dann nach Angaben der Bremer Beratungsstelle meist körperlich und psychisch am Ende.

Internet: www.vij-stuttgart.de; www.inneremission-bremen.de; weitere Kontakte über die Hotline 0800/9955600 und 0421/3496725

und Missbrauch im Kindesalter am Donnerstagabend in Berlin. Die Wahl eines solchen Beauftragten durch den Bundestag - wie im Falle des Wehrbeauftragten - würde die Anerkennung der gesellschaftlichen Bedeutung dieser Aufgabe signalisieren.

Die Hotline, die Bergmann eingerichtet hat, solle dauerhaft als Erstanlaufstelle für Missbrauchsoffer erhalten werden, forderte die Bundesinitiative weiter. Bisher sei diese Arbeit nur bis zum Oktober gesichert. In der Bundesinitiative haben sich mehrere Betroffenen-Vereine sowie Einzelpersonen zusammengeschlossen, die auch

am Runden Tisch gegen Missbrauch mitarbeiten, den die Bundesregierung eingerichtet hat.

Die Vorsitzende der Bundesinitiative, Kathrin Radke, sagte, die Bundesregierung müsse nun das Vertrauen rechtfertigen, das Tausende von Menschen gezeigt hätten, die sich in den vergangenen 15 Monaten an die Hotline gewendet haben. Die Anlaufstelle müsse zudem zu einer Clearingstelle und einem Informationsportal für Hilfesuchende ausgebaut werden.

Demonstration

Protest für mehr Geld in der Pflege

Kiel (epd). Eine bundesweite Protestwelle gegen die Unterfinanzierung der Pflege ist am Freitag in Kiel gestartet worden. Insbesondere die Situation in Krankenhäusern sei dramatisch, der Fachkräftemangel und die Belastung der Arbeitnehmer nehme stetig zu, kritisierte der Präsident des Deutschen Pfliegerates, Andreas Westerfellhaus.

An der Demonstration nahmen nach Angaben der Organisatoren 2.500 Menschen teil. Zu den Protesten hatten Pflegeverbände und Gewerkschaften aufgerufen.

Nach Angaben von Westerfellhaus wurden seit 1995 bundesweit über 50.000 Stellen in der Pflege abgebaut, während gleichzeitig die Fallzahlen um eine Million Patienten stiegen. In Deutschland arbeiten 1,2 Millionen Menschen im Pflege- und Hebammenwesen.

Auf der Kundgebung kritisierte die Vorsitzende der Krankenhausgesellschaft Schleswig-Holstein, Diakonielandespastorin Petra Thobaben, eine zu niedrige Vergütung für die Krankenhäuser. »Das können wir uns nicht mehr gefallen lassen«, rief sie den Demonstranten zu.

Die Nord-Kliniken erhalten im Schnitt 2.884 Euro pro medizinischer Leistung, die Kliniken in Bayern hingegen 2.982 Euro. Die Krankenhäuser in Rheinland-Pfalz kassieren sogar 3.130 Euro. Nach den Worten von Westerfellhaus finden in den kommenden Wochen weitere Pflege-Demos in anderen Bundesländern statt.

Auch Armenbestattungen dürfen teuer sein

Bundessozialgericht entscheidet im Rechtsstreit mit Koblenzer Sozialgericht

Kassel (epd). Armenbestattungen müssen nicht immer billig sein. Das Sozialamt muss unter Umständen auch dann die vollen Kosten übernehmen, wenn es die Beerdigungskosten für unangemessen hoch hält. Denn den trauernden Angehörigen sei es nicht immer zuzumuten, dass sie Vergleichsangebote über die günstigsten Bestattungen einholen, entschied das Bundessozialgericht (BSG) am Donnerstag in Kassel (AZ: B 8 SO 20/10 R).

Welcher Betrag bei einer Bestattung noch als angemessen gilt und vom Sozialamt zu zahlen ist, könne nicht »punktgenau« festgelegt werden, sagten die Richter in ihrem Urteil. Entscheidend sei, wie eine einfache Bestattung »ortsüblich« aussieht.

Im konkreten Fall war eine Arbeitslosengeld-II-Bezieherin vor Gericht gezogen, deren Ehemann bei einem Autounfall tödlich verunglückt war. Die Bestattungskosten konnte die Frau nicht aufbringen und wandte sich daher ans Sozialamt der Stadt Koblenz.

Der von ihr beauftragte Bestattungsunternehmer hatte für die Beerdigung 1.507 Euro in Rechnung gestellt. Für den Grabkauf forderten die Städtischen Eigenbetriebe weitere 1.565 Euro. Das Polizeipräsidium Koblenz verlangte für die Überführung des Verstorbenen vom Unfallort zur Leichenhalle 263 Euro. Die Stadt Ko-



Vorbereitung einer Trauerfeier im sächsischen Lohmen

epd-bild / Rainer Oettel

blenz hielt die Bestattungskosten von mehr als 3.300 Euro für viel zu hoch. 956 Euro müsse die Frau daher selbst übernehmen.

Eine einfache und würdige Bestattung sei mit den städtischen Sätzen aber nicht zu machen, entgegnete die Witwe. So beliefen sich die Kosten für die Sargträger auf 140 Euro, die Stadt zahle nur 88,16 Euro. Die Kosten für die hygienische Versorgung des Leichnams würden gar nicht übernommen.

Detailfragen sind zu klären

Die Witwe kann nach dem BSG-Urteil mit einer höheren Kostenübernahme durch den Sozialträger rechnen. Allerdings hat das BSG dem Landessozialgericht (LSG) Rheinland-Pfalz aufgetragen, weiteren Detailfragen in dem konkreten Fall nachzugehen. So muss das Gericht klären, ob eine Sterbeversicherung vorlag oder die Witwe etwas geerbt hat. Treffe dies zu, müssten erst davon die Kosten bezahlt werden.

Unklar sei auch, was genau zu einer würdigen einfachen Bestattung in Koblenz gehört. So orientieren sich die Bestattungs-Vergütungssätze der Stadt Koblenz am Ordnungsrecht. In einer entsprechenden Richtlinie wur-

den dabei die zu übernehmenden Bestattungskosten für Verstorbene ohne Angehörige aufgeführt. Die zu erstattenden Sätze im Sozialrecht könnten aber höher sein, wenn noch trauernde Angehörige vorhanden sind, so das BSG.

Die Witwe hatte zudem angegeben, dass sie sich bei der Stadt Koblenz um eine Information über die zu übernehmenden Bestattungskosten bemüht habe. Sie habe nur keine Antwort erhalten. Treffe dies zu, befand das BSG, könne die Stadt zur Übernahme der gesamten Bestattungskosten verpflichtet sein. Denn die Behörde müsse nach dem Gesetz umfassend beraten und informieren.

Urteil**Jobcenter muss bei rechtswidrigen Ein-Euro-Jobs zahlen**

Kassel (epd). Das Bundessozialgericht in Kassel hat ein Signal gegen den Missbrauch von Ein-Euro-Jobs gesetzt. Wenn Jobcenter rechtswidrige Ein-Euro-Jobs vermitteln, können Arbeitslosengeld-II-Empfänger mehr Geld für ihre Arbeit fordern, entschied das Gericht (Az.: B 4 AS 1/10 R) am Samstag. Der 4. Senat stellte damit klar, dass grundsätzlich die Behörde und nicht der Arbeitgeber für mögliche zusätzliche Zahlungen an Ein-Euro-Jobber aufkommen muss.

Im konkreten Fall wurde die Klägerin, eine Hartz-IV-Bezieherin aus Karlsruhe, 2005 von ihrem Jobcenter aufgefordert, sich beim AWO Kreisverband Karlsruhe-Stadt zu melden, wo sie einen Ein-Euro-Job als Reinigungskraft antrat. Mit der Mehraufwandsentschädigung von zwei Euro pro Stunde gab sie sich aber nicht zufrieden. Sie mache dieselbe Arbeit wie tariflich bezahlte Angestellte, erklärte sie.

Die AWO argumentierte, dass keine reguläre Stelle abgebaut worden sei und Ein-Euro-Jobs laut Gesetz nicht als Arbeitsverhältnis zu werten seien. Es gebe daher auch keinen Arbeitsvertrag, der die AWO zur Zahlung verpflichte.

Der 4. Senat des Bundessozialgerichts bestätigte diese Auffassung: Die AWO sei lediglich »Verwaltungshelfer« des Jobcenters gewesen. Das Jobcenter sei allein für die Eingliederungsleistungen verantwortlich. Vermittle die Behörde rechtswidrige Ein-Euro-Jobs, müsse sie folglich an den Arbeitslosen Ersatz für die abgeleistete Arbeit zahlen.

Ob im konkreten Fall der Ein-Euro-Job der Klägerin tatsächlich »zusätzliche« Arbeiten umfasste, welche reguläre Reinigungskräfte nicht ausüben, ist vom Landessozialgericht Baden-Württemberg nicht festgestellt worden. Das BSG verwies das Verfahren zur Klärung des Sachverhalts zurück.

Urteil**Behindertenfahrdienst unterliegt Rundfunkgebührenpflicht**

Würzburg (epd). Die Johanniter Unfall Hilfe muss für ihre im Behindertenfahrdienst eingesetzten Fahrzeuge weiterhin Rundfunkgebühren bezahlen. Das Verwaltungsgericht Würzburg lehnte die Klage der Johanniter auf eine Befreiung von der Gebührenpflicht als unbegründet ab, teilte das Gericht mit. Es ließ jedoch wegen der »grundsätzlichen Bedeutung der Rechtssache« die Revision vor dem Bundesverwaltungsgericht in Leipzig zu. (AZ: W 3 K 11.351, W 3 K 11.352, W 3 K 11.353)

Die Johanniter Unfall Hilfe (JUH) will nun über das weitere Vorgehen entscheiden. Sie hatte gegen den Bayerischen Rundfunk (BR) auf Befreiung von der Gebührenpflicht im Behindertenfahrdienst geklagt. Die Hilfsorganisation zahlt für die Rundfunkgeräte in den Fahrzeugen der Standorte Miltenberg, Würzburg und Schweinfurt bisher jährlich rund 7.000 Euro Rundfunkgebühren.

Laut Rundfunkgebührenstaatsvertrag können Einrichtungen für behinderte Menschen von der Gebührenpflicht befreit werden. Als zuständige Landesrundfunkanstalt hatte der BR eine Befreiung der Johanniter jedoch abgelehnt. Im Staatsvertrag heiße es, Voraussetzung für eine Befreiung sei, dass die Radiogeräte vom »jeweiligen Rechtsträger« der Einrichtung bereitgehalten

werden. Das sei bei den Johannitern nicht der Fall, da sie nur den Fahrdienst, nicht jedoch die Einrichtungen selbst betrieben. Darauf hoben auch die Würzburger Richter in ihrer Begründung ab.

Die Johanniter verwiesen in ihrer Klage darauf, dass das Bundesverwaltungsgericht im April 2010 geurteilt hatte, dass die Fahrzeuge von zwei gemeinnützigen Trägern von Behinderteneinrichtungen von der Rundfunkgebührenpflicht befreit werden müssten (BVerwG 6 C 6.09). Allerdings waren in diesem Fall die Fahrzeuge direkt auf die klagende Behinderteneinrichtung zugelassen. Bei einer Revision vor dem Leipziger Gericht müssten die Richter klären, ob dieser Unterschied relevant ist.

Die Anwältin der JUH hatte darauf hingewiesen, dass früher auch die Fahrzeuge für Behinderteneinrichtungen explizit von Gebühren befreit gewesen seien. Der Passus sei wohl »aus Versehen« aus dem jetzt gültigen Vertrag herausgefallen. Auch andere Sozialverbände mit Fahrdiensten zahlen derzeit Gebühren für ihre Fahrzeuge. Momentan sind dies 5,76 Euro pro Monat je Fahrzeug mit Autoradio.

2013 soll das System der Rundfunkgebühren reformiert werden. Dann müssen gemeinnützige Vereine nur noch für jeweils ein Fahrzeug den Rundfunkbeitrag zahlen.

Eine Spritze für Pudelmädchen Dorine

Für die Behandlung der Hunde von Wohnungslosen sind Tierärzte auf Spenden angewiesen

Frankfurt a.M. (epd). Sanft streicht Tierärztin Maja Firlé dem Irish Setter über die rechte Weiche: »Don hat starke Schmerzen. Das Kreuzband ist gerissen, der Muskel hat sich zurückgezogen. Ich muss operieren.« Doch die Operation kostet 800 Euro. So viel Geld hat keiner der Männer und Frauen, die sich mit ihren Vierbeinern wie immer am ersten Samstag des Monats in der Frankfurter City an der Hauptwache versammelt haben. Sie sind wohnungslos und müssen mit Hartz-IV-Bezügen von 364 Euro monatlich auskommen.

Schon seit Jahren hatte sich die Tierärztin aus Belgrad gefragt, wie die Hunde der Wohnungslosen, die voller Parasiten waren, medizinisch versorgt würden. »Gar nicht«, lautete stets die Antwort. Maja Firlé, die ihre deutsche Approbation an der Veterinärmedizinischen Fakultät Gießen erhalten hatte, beschloss ihnen zu helfen.

Sie klinkte sich zunächst in die Szene der Punks ein und behandelte deren Hunde zu einem Minimalsatz oder auf Ratenzahlung. Eine kostenlose Behandlung lässt die Tierärztekammer auch in Härtefällen nicht zu. Die Dankbarkeit der Punks und Wohnungslosen, für die ihr Hund oft der einzig verlässliche Partner ist, bedeutet Firlé viel.

Tierschutzpreis des Landes Hessen

Doch die Veterinärin stieß unter ihren Kollegen auf Misstrauen. Daher gründete sie 2008 mit Gleichgesinnten einen Verein: Die »Soziale Tier-Not-Hilfe« kommt seitdem für die Kosten der Behandlung und der Medikamente auf. Das Land Hessen hat dieses Engagement im



Die Tierärztin Maja Firlé untersucht das Gebiss eines Hundes in der B-Ebene an der Hauptwache in Frankfurt. Die Veterinärin behandelt immer am ersten Samstag im Monat Tiere, deren Herrchen und Frauchen sich keinen Tierarzt leisten können.

epd-bild / Thomas Rohnke

vergangenen Jahr mit dem Hessischen Tierschutzpreis honoriert. Doch die 2.600 Euro waren nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Der Verein finanziert sich vor allem durch Spenden und Mitgliedsbeiträge.

Das Bundesland Nordrhein-Westfalen war da spendabler. Mit 70 Prozent hat das Land die 2005 gestartete Tiersprechstunde des »Underdog«-Pilotprojekts der Düsseldorfer Obdachlosenhilfe »fiftyfifty« unterstützt. Allerdings nur als Anschubfinanzierung über drei Jahre. Mittlerweile sind die fünf ehrenamtlichen Tierärzte des Vereins ebenfalls auf Spenden angewiesen. Immerhin konnten sie aus den Räumen der Wohnungslosenberatungsstelle in einen Bus umsteigen, um die Tiere vor Ort zu behandeln.

Die Grundversorgung sei kostenlos, sagt Projektleiterin Julia von Lindern. Die Hunde werden geimpft und entwurmt. Doch jeder dritte Hundehalter muss zuzahlen: etwa für Operationen oder bei der Behandlung von dauerhaften Herzfehlern. Dennoch sind die Düsseldorfer guten Mutes. Vor allem seit sie in dem Dortmunder Verein »Dogdog« und in der Kölner Wohnungslosenberatungsstelle »Gulliver« Kooperationspartner gefunden haben. »Wir sehen die Hunde auch als Brücke zum Menschen«, sagt Julia von Lindern.

Noch ein Jahr eher als die Düsseldorfer, nämlich 2004, hatten die »Menschen für Tierrechte« in Saarbrücken als erster Verein bundesweit mit der tiermedizinischen Versorgung von Obdachlosen-Hunden begonnen. Wer sich als wohnungslos ausweisen kann, erhält einen Bezugsschein für einen Tierarzt seiner Wahl. Die Tierärzte rechnen dann mit dem Verein ab. »Allerdings war das der Bevölkerung zunächst schwer zu vermitteln«, sagt Vereinsvorstand Rolf Borkenhagen.

Auch in Berlin und Köln kümmern sich nach seiner Auskunft die »Menschen für Tierrechte« um die Gesundheit der wohnungslosen Vierbeiner. In Hamburg bietet das Tierheim kostenlose Operationen und Behandlungen von Verletzungen an. Für die Prophylaxe wie Impfungen und Entwurmungen müssen die Wohnungslosen einen Minimalsatz zahlen. »Auch Überwinterungsmöglichkeiten haben wir hier«, sagt Mitarbeiter René Olhöft vom Hamburger Tierschutzverein. Allerdings würden diese nur ungenutzt wahrgenommen.

»Der Nächste bitte!« ruft Maja Firlé in die Runde, die an der Frankfurter Hauptwache diszipliniert wartet. Das Pudelmädchen Dorine ist schon geimpft, »Blutausch«, der junge unerfahrene Mischling, zerrt an der Leine. Bei Buddy, einem weißen Labrador, hat sich eine Bisswunde entzündet. Maja Firlé kümmert sich auch darum. »Ich liebe meinen Beruf«, sagt die Tierärztin.

Internet: www.tier-not-hilfe.de; www.fiftyfifty-underdog.de
Von Claudia Schülke (epd)

Siggelkow beklagt »Wohlstandsverwahrlosung«

Buch »Generation Wodka« prangert Komasaufen an / Werbeverbot für Alkohol gefordert

Berlin (epd). Ein neues Buch zum »Komasaufen« bei Jugendlichen fordert, den Konsum von Alkohol aus dem öffentlichen Raum zu drängen. Sich zu besaufen, zu erbrechen und weiterzutrinken sei für viele Jugendliche zum Volkssport geworden, warnte Bernd Siggelkow, einer der Autoren des Buches »Generation Wodka«, am Dienstag in Berlin. In dem Buch werden daher ein Alkoholverbot in der Öffentlichkeit, eine Promillegrenze im öffentlichen Nahverkehr sowie ein Werbeverbot für Alkohol gefordert.

Die Autoren zitieren unter anderem eine Studie der DAK, nach der bereits zehn Prozent der Kinder unter zwölf Jahren jede Woche Alkohol trinken. Dabei nehme der Konsum von Bier und Wein bei Jugendlichen ab, der von harten Alkoholika aber deutlich zu, heißt es in dem Buch. Dies sei beileibe kein Phänomen der »Unterschicht«, sagte Siggelkow, der in Berlin das christliche Kinder- und Jugendhilfswerk »Die Arche« gegründet hat. Es herrsche eine »Wohlstandsverwahrlosung«. Viele Kinder hätten genügend Geld, aber die Eltern keine Zeit, um sich um deren Aufklärung zu kümmern.

Die Schauspielerin Veronica Ferres, die als Gast an der Buchvorstellung teilnahm, nannte die Ausmaße des Alkoholkonsums bei Kindern und Jugendlichen schockierend. Viele zerstörten durch den Alkohol schon in jungen Jahren ihre Gesundheit und Berufsfähigkeit, sagte sie. Die nachfolgende Generation müsse für die Kosten aufkommen. Vielleicht sie dies ein »Ansatzpunkt für Politiker, das Thema ernst zu nehmen«, sagte Ferres.

Der Verleger des Buches, Ralf Markmeier vom adeo-Verlag, sagte, die Forderung der Autoren, das »selbstverständliche Trinken« aus dem öffentlichen Leben zu verbannen, möge weltfremd erscheinen. Beim Rauchen habe eine ähnliche Debatte aber zum Erfolg geführt. Den Autoren gehe es nun entsprechend um ein »kraftvolles Signal« an die Gesellschaft.

Literaturhinweis: Wolfgang Büscher, Bernd Siggelkow, Markus Mockler, »Generation Wodka: Wie unser Nachwuchs sich mit Alkohol die Zukunft vernebelt«, adeo-Verlag, 14,99 Euro

Diakonie

Bahn lehnt Plakat am Frankfurter Hauptbahnhof ab

Frankfurt a.M. (epd). Ein Plakat der Diakonie für eine Prostituierten-Beratungsstelle darf nicht am Frankfurter Hauptbahnhof aufgehängt werden. Das Plakat mit der Aufschrift »Irena geht auf den Strich und manchmal auf dem Zahnfleisch« und einem Hinweis auf die Beratungsstelle »Tamara« könnte Bahnkunden irritieren, sagte ein Bahnsprecher am 26. August in Frankfurt am Main dem epd. Die Aktion sei wichtig und gut, solle aber auf das Milieu beschränkt sein, wo es hingehöre.

Das Plakat hätte nach Auskunft der Öffentlichkeitsarbeit des Diakonischen Werks Frankfurt in der unterirdischen Passage zwischen dem Hauptbahnhof und dem Bahnhofsviertel, dem bekannten Frankfurter Rotlichtviertel, in mehreren Exemplaren aufgehängt werden sollen. Es zeigt einen weiblichen Torso von vorn, bekleidet mit einer Korsage, einem Slip und halterlosen Netzstrümpfen. Die Bahn wollen einen »sauberen und sicheren« Service bieten und lasse keine Werbung mit religiösen, politischen oder sozialkritischen Inhalten zu, sagte der Sprecher.

Die Beratungsstelle »Tamara« biete Prostituierten Beratung zu Gesundheitsrisiken, zu Rechtsfragen und Lebensberatung, erläuterte die Sozialarbeiterin Petra Weigand. Auch unterstütze sie ausstiegswillige Frauen, berufliche Alternativen zu finden und vermittele Praktika und Stellen vor allem in der Kinderbetreuung und Altenpflege. Die Mitarbeiterinnen berieten jährlich rund 160 Frauen, gäben darüber hinaus Rat bei Telefon- und Online-Anfragen über das Rhein-Main-Gebiet hinaus und sprächen Frauen in Bordellen an.

Internet: www.diakonischeswerk-frankfurt.de

Auszeichnung

Rheinland-Pfalz und SWR vergaben »Ehrensache«-Preise

Simmern/Mainz (epd). Beim Ehrenamtstag in Simmern haben der Südwestrundfunk (SWR) und das Land Rheinland-Pfalz am 21. August Menschen für ihr besonderes Engagement ausgezeichnet. Das Spektrum der Tätigkeiten der fünf Preisträger ging von der Integration behinderter Menschen bis zur Ausbildung von Therapiehunden für Wachkoma-Patienten. Ministerpräsident Kurt Beck (SPD) überreichte der Firma Natus aus Trier den

»Corporate Citizenship«-Sonderpreis für die Integration Behinderter.

Die live im SWR-Fernsehen übertragene Verleihung der »Ehrensache«-Preise bot dem Publikum die Möglichkeit, mit zu entscheiden. Der SWR-Publikumspreis ging an Ellen Metzinger für das Training der Bambini-Fussballer der TuS Koblenz. Von der dreiköpfigen Jury, der die Sänger Julia Neigel und Thomas Anders sowie die katholische Ordensschwester Lea Ackermann angehörten, wurde zudem der Einsatz der »First Responder« aus Mittelgewürdigt, die als Privatpersonen als Rettungssanitäter Bereitschaftsdienst leisten.

Erika Hauß-Delker vom Verein »Krankenhaus Ruanda e.V. Kaiserslautern-Ruli« bildet in Ruanda, dem Partnerland von Rheinland-Pfalz, Optiker aus und baute eine Augenabteilung in einer dortigen Klinik auf. Der Malteser-Hilfsdienst aus Bad Kreuznach trainiert eine Therapiehund-Staffel mit inzwischen mehr als 70 Tieren.

Die preisgekrönten Projekte stellten sich mit weiteren gut 100 Gruppen, Projekten und Vereinen beim Ehrenamtstag im Hunsrück auf einem »Markt der Möglichkeiten« vor. Die »Ehrensache«-Auszeichnungen werden seit 2001 vergeben.

Auszeichnung

Marketingpreis für Biokartoffel-Projekt der Hephata-Diakonie

Schwalmstadt (epd). Die Hephata-Diakonie ist für ein Kartoffel-Projekt mit einem Marketingpreis ausgezeichnet worden. Man habe den Preis der Marketinggesellschaft »Gutes aus Hessen« für eine originelle Werbung für Biokartoffeln bekommen, teilte das Diakoniezentrum am 24. August in Schwalmstadt mit. Zur Markteinführung hatte man die Kartoffelsorten »Anuschka«, »Rote Laura« und »Princess« auf Plakaten in einem Outfit mit Perlenkette, Krone, Zöpfe und Hut präsentiert.

Das von dem Diakoniezentrum initiierte Projekt startete Mitte 2008. Im Biohofgut Richerode der Behindertenhilfe wird ein Teil der Kartoffeln angebaut, im Biohofgut Halbersdorf werden die Kartoffeln von Menschen mit Behinderung sortiert und verarbeitet. Seit September 2010 sind die Hephata-Biokartoffeln in den Filialen einer großen Lebensmittelkette in Nordhessen erhältlich. Die mit dem Preis ausgezeichnete Verkaufsförderaktion habe die Produktqualität in den Vordergrund gestellt.

Bundesvereinigung Lebenshilfe Geschäftsführer Lachwitz tritt in Ruhestand

Marburg/Berlin (epd). Der Geschäftsführer der Bundesvereinigung Lebenshilfe für Menschen mit geistiger Behinderung, Klaus Lachwitz, ist in den Ruhestand verabschiedet worden. Die neue Doppelspitze in der Bundesgeschäftsführung der Lebenshilfe bilden jetzt Ulrich Bauch und die Medizinerin Jeanne Nicklas-Faust, teilte die Lebenshilfe am 22. August in Berlin mit.

Der 65-jährige Lachwitz aus Rauschholzhausen bei Marburg werde sich als ehrenamtlicher Präsident des Weltverbandes Inclusion International weiterhin für be-

hinderte Menschen einsetzen. Die Organisation hat ihren Sitz in London und vertritt mehr als 200 Mitgliedsverbände in 115 Ländern. In seiner Amtszeit wolle Lachwitz die globale Umsetzung der UN-Konvention vorantreiben. Der Jurist habe daran mitgearbeitet, so die Lebenshilfe weiter. Mit Lachwitz stehe erstmals ein Deutscher an der Spitze von Inclusion International.

Die Lebenshilfe mit deutschlandweit 135.000 Mitgliedern versteht sich als Selbsthilfevereinigung geistig behinderter Menschen und ihrer Angehörigen. Sie ist Trägerverband für 3200 Einrichtungen und Dienste. Dort engagieren sich rund 60.000 hauptamtliche und etwa 15.000 ehrenamtliche Mitarbeiter.

SOZIALES

Geisendörfer-Preis für sechs Radio- und TV-Produktionen

Auszeichnungen werden am 13. September in Baden-Baden verliehen

KULTUR

Frankfurt a.M. (epd). Der Robert Geisendörfer Preis geht in diesem Jahr an sechs Radio- und TV-Produktionen. Wie die Geschäftsstelle des Medienpreises der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) am Donnerstag in Frankfurt am Main mitteilte, erhalten unter anderem Marcus Vetter und Karin Steinberger den Preis für ihren SWR-Film »Hunger«. Die Dokumentation zeige die Menschen »weder als elende Hungerleider noch als potenzielle Wirtschaftsflüchtlinge«, sondern als »gleichberechtigte Nachbarn«, lobte die Jury. Der Robert Geisendörfer Preis ist mit insgesamt 30.000 Euro dotiert. Die Verleihung findet am 13. September in Baden-Baden statt.

Ausgezeichnet wird auch Eric Friedler für »Aghet - Ein Völkermord«. Die NDR-Dokumentation strafe alle die Lügen, die die Erinnerung an den hunderttausendfachen Mord am armenischen Volk aus dem Gedächtnis der Menschheit streichen wollen, urteilte die Jury.

Charly Kowalczyk erhält einen weiteren Preis für sein Hörspiel »Angelika. Annäherung an ein Kinderleben« (Deutschlandradio Kultur). Die Jury bescheinigte dem Stück einen »zutiefst christlichen Blick auf die Menschen«. Für ihr MDR-Radiofeature »Verbrannt in Polizeizelle Nr. 5. Der Tod des Asylbewerbers Oury Jalloh in Dessau« wird Margot Overath geehrt. Der Beitrag sei der »ebenso hartnäckige wie beklemmende Versuch, die Wahrheit über den Tod eines Menschen herauszufinden und ihm damit wenigstens die Würde zurückzugeben«.

Die Jury Kinderprogramme zeichnet Wolfgang Eißler und Gabriele Kreis für den MDR-Film »Die kluge Bauern-

tochter« aus, der den Märchenstoff zeitgemäß modernisiere. Katja Engelhardt und Ralph Caspers bekommen einen Preis für ihr »Sendung mit der Maus«-Spezial zu Südafrika (WDR). Hier habe vor allem der Verzicht auf folkloristische Klischees und sozialkritische Überheblichkeit zugunsten von Offenheit gegenüber der realen Lebensbewältigung überzeugt, so die Jury.

Wie bereits seit Juni bekannt, erhält der Co-Geschäftsführer des Privatsenders Sat.1, Joachim Kossack, den undotierten Sonderpreis des Robert Geisendörfer Preises als herausragender Programmgestalter des privaten Fernsehens.

Der Robert Geisendörfer Preis wird seit 1983 jährlich im Gedenken an den christlichen Publizisten Robert Geisendörfer verliehen, der am 1. September vergangenen Jahres 100 Jahre alt geworden wäre. Mit dem Preis zeichnet die EKD Hörfunk- und Fernsehsendungen aus allen Programmsparten aus, die das persönliche und soziale Verantwortungsbewusstsein stärken und zur gegenseitigen Achtung der Geschlechter beitragen.

Die Geschäftsführung des Preises liegt beim Gemeinschaftswerk der Evangelischen Publizistik (GEP) in Frankfurt. Das ist die zentrale Medieneinrichtung der EKD, ihrer Landeskirchen und Werke sowie der evangelischen Freikirchen. Zum GEP gehört unter anderem die Zentralredaktion des Evangelischen Pressedienstes (epd).

Internet: www.geisendoerfer-preis.de

Buddhismus im Fokus der Ruhrtriennale

NRW-Kultusministerin verspricht »Saison der mutigen Experimente«

Bochum (epd). Die dritte und letzte Spielzeit der Ruhrtriennale 2009-2011 rückt seit Freitag den Buddhismus in den Mittelpunkt. Nach der Festivaleröffnung stand für Samstag die Premiere von Richard Wagners »Tristan und Isolde« in der Inszenierung des Ruhrtriennale-Intendanten Willy Decker auf dem Programm, wie das Festivalbüro in Bochum mitteilte. Unter dem Motto »Ankunft und Suche nach dem Jetzt« bietet das Kulturfestival bis zum 9. Oktober rund 130 Vorstellungen an den Spielorten in Bochum, Duisburg, Essen, Gladbeck und Oberhausen.

Die Ruhrtriennale mache als eines der innovativsten und außergewöhnlichsten Kunst-Festivals in Europa das ganze Ruhrgebiet zur Bühne herausragender Kunst, sagte die nordrhein-westfälische Kultusministerin Ute Schäfer (SPD) in Bochum: »Dies wird erneut eine Saison der mutigen Experimente.« Das Programm bietet nationale und internationale Theater-Gastspiele sowie Lesungen, Symposien, Konzerte, Aktionen und Ausstellungen. Außerdem präsentiert die »Junge Triennale« wieder ein besonderes Programm für Kinder und Jugendliche.

In seiner letzten Spielzeit wolle er die Radikalität buddhistischen Denkens und Handelns als Kristallisation menschlicher Erkenntnis in den Tiefen der großen Werke abendländischer Kultur wiederfinden, erklärte Intendant Decker. In den ersten beiden Jahren des Triennale-Zyklus drehten sich die Veranstaltungen um das Judentum und den Islam.

Zu den Höhepunkten des Festivals gehören William Shakespeares Stück »Macbeth«, das am 2. September in einer Neuinszenierung in Gladbeck aufgeführt wird. Darüber hinaus findet mit »Das Schloss« am 23. September eine Uraufführung des gleichnamigen Romans von Franz Kafka statt.

Bei den Konzerten wird unter anderem das bekannte britische Gesangsquartett Hilliard Ensemble Stücke des amerikanischen Komponisten John Cage aufführen. Mit »Buddha goes to Bayreuth« bringt das Chorwerk Ruhr am 1. Oktober im Gasometer Oberhausen eine Produktion von Robert Moran zur Erstaufführung, das sich musikalisch auf Wagners »Parsifal« bezieht. Am 2. September präsentiert der Pianist Francesco Tristano zusammen mit den Techno-DJs Carl Craig und Moritz von Oswald sowie den Duisburger Philharmonikern Klassiker der Clubkultur. Internet: www.ruhrtriennale.de

KULTUR

Ökumenische Geschichte der Kirchenmusik

Erster Band einer vierteiligen Reihe erschienen

Hamburg (epd). Der erste Band einer insgesamt vierteiligen ökumenischen Geschichte der Kirchenmusik ist erschienen. Verfasser sind die Musikwissenschaftler Wolfgang Hochstein (Hamburg) und Christoph Krummacher (Leipzig), wie die Hamburger Hochschule für Musik und Theater am Dienstag mitteilte. Unter dem Titel »Von den Anfängen bis zum Reformationsjahrhundert« behandelt der erste Teilband die frühe Mehrstimmigkeit und Gregorianik und erstreckt sich bis zu den Gesangbuchdrucken der Lutherzeit und den Motetten des 16. Jahrhunderts.

Hochstein, Professor für Schulpraktisches Klavierspiel, Klavier und historische Musikwissenschaft an der Hamburger Hochschule, hat sich seit etwa sieben Jahren intensiv mit dem Projekt befasst. Besonders gereizt habe ihn der neue Ansatz einer interkonfessionellen Darstellung, die orthodoxe und anglikanische Kirchenmusik ebenso einbezieht wie Spiritual und Gospel, Kirchenmusik in Missionsländern sowie popularmusikalische Richtungen, hieß es.

Alle Hauptkapitel der Bände beginnen mit einem historischen Abriss und der spezifisch kirchengeschichtlichen Darstellung des jeweiligen Zeitraums. Es folgen Ausführungen zur gottesdienstlich-liturgischen Situation, zum Kirchenlied, zu Stil und Satztechnik der Epoche und den relevanten kirchenmusikalischen Gattungen. Die Lektüre ergebe zugleich eine Art »Ideengeschichte« der Kirchenmusik und eine Geschichte des Kirchenlieds, der Messe und anderer Gattungen. In den Haupttext einge-



Die große Silbermannorgel im Dom St. Marien in Freiberg

epd-bild / Rainer Oettel

streut sind zahlreiche Porträts bedeutsamer Komponisten.

Laut Hochstein soll das Werk in erster Linie Musikwissenschaftlern, Kirchenmusikern und Insidern zum Nachschlagen dienen. Zugleich sei es aber auch »eine für Nicht-Fachleute gut lesbare wissenschaftliche Publikation, die es in dieser Form bis dato nicht gegeben hat.«

Literaturhinweis: Wolfgang Hochstein / Christoph Krummacher (Hrsg.), Geschichte der Kirchenmusik in vier Bänden, zusammen etwa 1.600 Seiten, über 200 Abbildungen und zahlreiche Notenbeispiele, gebunden mit Schutzumschlag, ca. 392 Euro, Laaber-Verlag (bei Regensburg)

Telekom-Chef Obermann ist »Sprachpanscher des Jahres«

Verein für Deutsche Sprache kritisiert auch Evangelische Kirche in Deutschland (EKD)

KULTUR

Dortmund (epd). Der Chef der Deutschen Telekom, René Obermann, ist zum »Sprachpanscher des Jahres 2011« ernannt worden. Das Unternehmen habe seine Kunden über Jahre hinweg mit englischen Sprachimporten verärgert, begründete der Verein für Deutsche Sprache am Freitag in Dortmund die Verleihung des Negativpreises. Nahezu alle Telekom-Tarife hätten englische Namen, vom »Weekend Flat« über den »Entertain Comfort« bis hin zu »Call & Surf Mobile Friends«. René Obermann ist nach Ron Sommer im Jahr 1998 bereits der zweite Telekom-Chef, der die zweifelhafte Ehre der »Auszeichnung« für sprachliche Fehlleistungen bekommt.

Auf Platz zwei wählte die Jury des Vereins Bundesfamilienministerin Kristina Schröder (CDU). Sie habe sich negativ durch Anglizismen wie den »equal pay day« hervorgetan, erklärte der Vereinsvorsitzende Walter Krämer.

Als Drittes wird die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) mit ihrem Ratsvorsitzenden Nikolaus Schneider kritisiert. Die Sprachpuristen bemängeln bei der EKD eine wachsende Zahl von Anglizismen in kirchlichen Veranstaltungstiteln. So wolle die Kirche ihre Gläubigen mit »LutherActivities«, »Wellness für die Männerseele« oder »marriage weeks« bei der Stange halten.

Mit der Wahl des »Sprachpanschers« will der Verein für Deutsche Sprache die deutsche Gesellschaft nach eigenen Angaben dazu bringen, mehr Verantwortung für ihre Sprache zu übernehmen. Zu den 34.000 Mitgliedern des nach eigenen Angaben größten Sprach- und Kulturvereins in Deutschland gehören auch Prominente wie Hape Kerkeling, Dieter Hallervorden, Reinhard Mey und Jürgen von der Lippe.

Internet: www.vds-ev.de

Geburtstag

Kirchenvertreter würdigen Publizisten Gerhard Isermann

Hannover (epd). Kirchenvertreter haben den Publizisten und früheren Verlagsdirektor Gerhard Isermann gewürdigt. Der Pastor und langjährige Leiter der evangelischen Publizistik in Niedersachsen und Bremen war am 14. August 80 Jahre alt geworden. Der hannoversche Landesbischof Ralf Meister sagte am Freitag, Isermann habe sich in seinem Berufsleben und als Autor stets gegen Vereinfachungen und schnelle Urteile gewandt. Er habe die Leser dazu ermuntert, sich selbst ein Urteil zu bilden. »Ein wahrlich reformatorischer Ansatz, der sicherlich vielen Menschen eine große Hilfe war und ist.«

Der Geistliche Vizepräsident des Landeskirchenamtes in Hannover, Arend de Vries, dankte Isermann für sein Lebenswerk. Um säkular denkenden Menschen die christliche Botschaft nahe zu bringen, bedürfe es einer präzisen Sprache und klarer Worte. Isermann habe an dieser Aufgabe mit Leidenschaft, aber auch nüchtern und beharrlich gearbeitet. Für den Verband Evangelischer Publizistik Niedersachsen-Bremen und das Lutherische Verlagshaus Hannover sagte Geschäftsführer Christof Vetter, Isermann habe die evangelische Publizistik im Land bis heute geprägt.

Isermann, der aus Göttingen stammt, war zunächst Gemeindepfarrer und danach Schul- und Jugendpastor. Er gehörte in den 70er Jahren zu den bekanntesten Sprechern des »Wortes zum Sonntag« im Fernsehen. 1972 berief ihn die Evangelisch-lutherische Landeskirche Hannovers zu ihrem ersten Pressesprecher. Von 1979 bis zu seinem Eintritt in den Ruhestand 1996 war er Direktor des damaligen Evangelischen Presseverbandes Niedersachsen-Bremen, der unter seiner Leitung zum Verband Evangelischer Publizistik wurde. Der Verband ist Herausgeber für die »Evangelische Zeitung« und den Landesdienst Niedersachsen-Bremen des Evangelischen Pressedienstes (epd).

Musik

1 18.000 Besucher beim Festival in Schleswig-Holstein

Kiel (epd). Das diesjährige Schleswig-Holstein Musik Festival, das am Sonntag zu Ende ging, ist von 118.000 Menschen besucht worden. Damit sei wie bereits im vergangenen Jahr eine Auslastung von 88 Prozent erreicht worden, sagte Intendant Rolf Beck. Das Motto mit dem Länderschwerpunkt Türkei lautete diesmal »Merhaba Türkiye - Willkommen Türkei«.

Von den 130 Konzerten, fünf Musikfesten auf dem Lande und zwei Kindermusikfesten waren 68 Veranstal-

tungen ausverkauft, sagt Beck. Dazu gehörten unter anderem die Konzerte mit Anne-Sophie Mutter und den zwölf Cellisten der Berliner Philharmoniker.

Nach den Worten von Beck »trägt das Schleswig-Holstein Musik Festival entscheidend dazu bei, Vorurteile abzubauen, Grenzen zu überwinden und den Boden für ein respektvolles Miteinander zu schaffen«. Mit dem Programm seien auch türkische Mitbürger erreicht worden. Im nächsten Jahr wird vom 7. Juli bis 26. August China der Länderschwerpunkt sein. 2013 steht das Baltikum im Fokus.

Evangelische Filmarbeit

»Le Havre« ist Film des Monats September

Frankfurt a.M. (epd). Die Jury der Evangelischen Filmarbeit empfiehlt Aki Kaurismäkis »Le Havre« als Film des

Monats September. Im Stil französischer Filme der 50er Jahre erzähle der Regisseur eine melodramatische Geschichte von »wundersamer Menschlichkeit«, teilte die Jury am 22. August in Frankfurt mit. Der Film erhielt in Cannes den Preis der internationalen Jury und kommt am 8. September in die Kinos.

Der Schuhputzer Marcel Marx findet im Hafen von Le Havre das afrikanische Flüchtlingskind Idrissa. Der Junge ist als einziger einer Polizeirazzia entkommen. Marx versteckt ihn und organisiert seine Überfahrt nach England. »Das Gestern der stilisierten Filmbilder wird zum Schauplatz der höchst aktuellen Flüchtlingsproblematik an den Grenzen Europas«, urteilte die Jury.

Internet: www.filmdesmonats.de

KULTUR

Filme der Woche

»Die drei Musketiere« - »Kill the Boss« - »Mein bester Feind« - »How I Ended This Summer«

Frankfurt a.M. (epd). Wie im gleichnamigen Roman von Dumas kämpfen Athos, Porthos und Aramis gemeinsam für Ehre und Treue, König und Vaterland und müssen dabei gegen die trickreiche M'Lady de Winter (Milla Jovovich) und Kardinal Richelieu (Christoph Waltz) ankommen. Zu Hilfe kommt ihnen der junge D'Artagnan. Paul W.S. Anderson inszeniert den Mantel- und-Degen-Klassiker untypisch modern mit Actionszenen und einer grandiosen Luftschlacht - wie es sie sonst nur in Comics zu sehen gibt.

Die drei Musketiere (F/USA/GB/D 2011). R: Paul W.S. Anderson. B: Alex Litvak, Andrew Davies. Mit Logan Lerman, Milla Jovovich, Ray Stevenson, Luke Evans, Matthew Macfadyen, Orlando Bloom, Christoph Waltz, Til Schweiger, Mads Mikkelsen. L: 105 Min.

»Kill the Boss«

Der brave Büroangestellte Nick (Jason Bateman) wird aufs schlimmste von seinem Boss David (Kevin Spacey) gemobbt, ebenso wie der Zahnarztassistent Dale (Charlie Day) von seiner sexuell frustrierten Chefin Julia (Jennifer Aniston). Und der Firmenmanager Kurt muss seinen drogensüchtigen Vorgesetzten Bobby (Colin Farrell) ertragen. Die drei sehen schließlich nur noch einen Ausweg aus ihrem Arbeitsleben: den Auftragskiller Motherfucker Jones

(Jamie Foxx). Die schwarze Komödie besticht vor allem durch ihre hochkarätige Besetzung und würde mit ihren mordlüsternen Hauptdarstellern Alfred Hitchcock sicher Freude bereiten.

Kill the Boss (USA 2011). R: Seth Gordon. B: Michael Markowitz, John Francis Daley. Mit Jason Bateman, Jason Sudeikis, Colin Farrell, P.J. Byrne, Kevin Spacey, Charlie Day, Donald Sutherland, Jennifer Aniston, Jamie Foxx. L: 98 Min.

»Mein bester Feind«

In Wolfgang Murnbergers Nazi-Komödie wird der im KZ sitzende jüdische Kunsthändlerssohn Victor Kaufmann (Moritz Bleibtreu) zu einem dringend benötigten Helfer für eine Mission der Wiener Nazis. Er kennt als einziger Überlebender das Versteck einer wertvollen Michelangelo-Zeichnung, die sie zur Ankurbelung ihrer Italien-Beziehungen brauchen. In Gestapo-Uniform muss Victor seine Schauspielkünste unter Beweis stellen, und einige Verwicklungen befördern dabei seinen ehemals besten Freund (Georg Friedrich) und jetzigen Feind Rudi in Häftlingsklamotten. Mit viel Spielwitz brillieren Bleibtreu und Friedrich in der Verstellungsgeschichte, die manchmal allerdings etwas brav daher kommt.

Mein bester Feind (Österreich/Luxemburg 2011). R: Wolfgang Murnberger. B: Paul Hengge. Mit Moritz Bleibtreu, Georg Friedrich, Ursula Strauss, Udo Samel, Marthe Keller, Uwe Bohm, Christoph Luser, Serge Falck. L: 105 Min.

»How I Ended This Summer«

Zwischen Komödie und Drama wechselnd, erzählt der Film des russischen Regisseurs Alexei Popogrebsky (»Koktebel«) von zwei Männern, Pavel und Sergei, die auf einer Wetterstation in der Arktis arbeiten. Mit spektaku-

lären Bildern vom ewigen Eis und dem endlosen Horizont wird vor allem eines dem Zuschauer klar: Wie einsam die beiden Männer sein müssen. Die schwierige Arbeitssituation führt schließlich dazu, dass Sergej durchdreht. Beide werden zu bitteren Feinden. Das Katz-und-Maus-Spiel wirkt dennoch ruhig, lakonisch und dokumentarisch.

How I Ended This Summer (Russland 2010). R, B: Alexei Popogrebsky. Mit Grigory Dobrygin, Sergei Puskepalis, Igor Chernevich, Ilya Sobolev, Artyom Tsukanoc. L: 129 Min.

www.epd-film.de

KULTUR

Goethe-Preis Syrischstämmiger Dichter Adonis wird geehrt

Frankfurt a.M. (epd). Der syrischstämmige Dichter Adonis (81) ist am 28. August mit dem Goethe-Preis der Stadt Frankfurt am Main in der Paulskirche geehrt worden. »So wie Goethe in dem West-Östlichen Divan persische und arabische Dichtung bei uns heimisch machte, so hat Adonis die Errungenschaften der europäischen Moderne in den arabischen Kulturkreis getragen«, erklärte die Jury. Der Preis ist mit 50.000 Euro dotiert und wird alle drei Jahre am Geburtstag des in Frankfurt geborenen Dichters, dem 28. August, verliehen.

Der in Nordsyrien geborene Adonis zog 1956 in die libanesische Hauptstadt Beirut, nachdem er wegen politischer Aktivitäten für mehrere Monate inhaftiert worden war. Dort arbeitete er als Wissenschaftler, Journalist und Literaturkritiker und gründete die Zeitschrift »Shir«, die eine Brücke zwischen der arabischen Welt und der Lyrik der Moderne bilden sollte. 1986 zog Adonis aus Sicherheitsgründen nach Paris, wo er als Schriftsteller lebt. Der Dichter werde für seinen »Kosmopolitismus« und seinen Beitrag zur Weltliteratur ausgezeichnet, erklärte die Jury.

Der Jury gehören unter anderen die Frankfurter Oberbürgermeisterin Petra Roth an, die hessische Kunstministerin Eva Kühne-Hörmann (beide CDU), die Fotografin Barbara Klemm, der Schriftsteller Ulrich Peltzer und der Berliner Intendant und Lyriker Joachim Sartorius. Die letzten Preisträger waren 2002 der Literaturkritiker und Autor Marcel Reich-Ranicki, 2005 der israelische Schriftsteller Amos Oz und 2008 die Tänzerin, Choreografin und Ballettdirektorin Pina Bausch. Erster Goethepreisträger war im Jahr 1927 Stefan George.

Jubiläum Frauenmusikverlag »Furore« feiert 25-jähriges Bestehen

Kassel (epd). Seit 25 Jahren vertreibt der Kasseler Furore-Verlag Noten und Bücher von und über Komponistinnen. Furore sei weltweit der einzige Musikverlag mit dem Schwerpunkt Frauen, teilte der Verlag am 22. August in Kassel mit. Bisher habe das im September 1986 von Renate Matthei gegründete Unternehmen über 1.200 Werke von mehr als 150 musikschaaffenden Frauen aus Europa, Amerika, Asien und Australien verlegt. Die Zeitspanne reiche vom 16. Jahrhundert bis in die Gegenwart.

Die bekannteste Komponistin im Furore Verlag ist Fanny Hensel (1805-1847), die Schwester von Felix Mendelssohn-Bartholdy. Von ihr seien bisher über 160 Werke erstmalig veröffentlicht worden, darunter große Chor- und Orchesterwerke, teilte der Verlag weiter mit. Diese Werke fänden weltweit Beachtung. Im November 2010 habe das American Symphony Orchestra in der New Yorker Carnegie Hall Hensels »Oratorium« nach Bildern der Bibel aufgeführt. Demnächst solle das Oratorium von der Hongkong Oratorio Society mit einem mehr als 100-stimmigen Chor aufgeführt werden.

Jubiläum 25 Jahre Gießener Gitarrentage

Gießen (epd). Die »Internationalen Gießener Gitarrentage« feiern in diesem Jahr ihr 25-jähriges Bestehen. Die Fortbildungsveranstaltung des Instituts für Musikwissenschaft und Musikpädagogik richtet sich an Schüler, Studenten, Lehrer an Schulen und Musikschulen, freie Musiker und Laienmusiker, teilte die Universität Gießen am 24. August mit. Die Gitarrentage seien auch überre-

gional viel beachtet. Sie finden vom 18. bis 22. Oktober auf Schloss Rauischholzhausen (Landkreis Marburg-Biedenkopf) statt.

Das Seminarangebot umfasst Praxis und Theorie in den Musikrichtungen Klassik, Tango, Flamenco, Pop, Jazz und Latin. Eine »Kinder-Musikwerkstatt« gehört ebenfalls zum Seminarangebot. Am 19. Oktober beginnt um 18 Uhr im Musiksaal des Gießener Rathauses ein Festakt. Außerdem wird die Öffentlichkeit zu zwei Konzerten eingeladen: Zu der »giessen guitar night 2011« ebenfalls am 19. Oktober im Gießener Rathaus und zum »Jugend musiziert«-Preisträgerkonzert auf Schloss Rauischholzhausen am 21. Oktober. Beginn ist jeweils um 20 Uhr.

Roswitha-Literaturpreis Deutsch-russische Schriftstellerin Martynova wird ausgezeichnet

Bad Gandersheim/Frankfurt a.M. (epd). Die deutsch-russische Schriftstellerin Olga Martynova erhält in diesem Jahr den mit 5.500 Euro dotierten Roswitha-Literaturpreis der Stadt Bad Gandersheim. Die Jury würdigte Martynova am 25. August als »eine in zwei Sprachen

schreibende Kosmopolitin, deren Musikalität, deren Witz und deren beeindruckende Bildung unsere Literaturlandschaft bereichern«. Die 49-Jährige wurde in Dudinka im Gebiet Krasnojarsk in Sibirien geboren. Sie wuchs im damaligen Leningrad auf und lebt heute in Frankfurt am Main.

Martynova schreibe ihre Gedichte nach wie vor auf Russisch, die Prosa auf Deutsch, hieß es. Ihr Roman »Sogar Papageien überleben uns« gehöre zum Besten, was in den letzten Jahren in der deutschsprachigen Literatur erschienen sei. Martynovas Gedichte, Essays und Romane wurden den Angaben zufolge in viele Sprachen übersetzt. Die Autorin ist auch für Zeitungen wie die »Zeit«, die »Frankfurter Rundschau« und die »Neue Zürcher Zeitung« tätig. Sie wurde bereits mit mehreren Literaturpreisen geehrt.

Die Auszeichnung wird ihr am 4. November in der Stiftskirche Bad Gandersheim verliehen, teilte die Stadt mit. Der Roswitha-Preis wird seit 1973 jährlich ausschließlich an Frauen vergeben. Der älteste deutsche Literaturpreis für Schriftstellerinnen ist nach Roswitha von Gandersheim benannt, einer Äbtissin aus dem 10. Jahrhundert. Sie gilt als erste deutsche Dichterin.

KULTUR

UN wollen Millionen Staatenlose besser schützen

Hochkommissar für Flüchtlinge spricht von »alptrauhaftem juristischen Vakuum«

Genf (epd). Die Vereinten Nationen haben die Diskriminierung von Millionen staatenloser Menschen verurteilt. In vielen Ländern hätten Menschen ohne Staatsangehörigkeit keine Rechte und keinen Schutz, erklärte der UN-Hochkommissar für Flüchtlinge, António Guterres, in Genf. »Sie leben in einem alptrauhaften juristischen Vakuum«, betonte er.

Das UN-Flüchtlingshilfswerk (UNHCR) startete eine weltweite Kampagne, um das Los der schätzungsweise 12 Millionen Staatenlosen zu verbessern. Viele von ihnen leben in Südostasien, Zentralasien, Osteuropa und im Nahen Osten. Das UNHCR erinnert auch an die Verabschiedung der Konvention gegen Staatenlosigkeit, die am 30. August vor 50 Jahren verabschiedet wurde.

Die Betroffenen fänden oft keine Jobs und Wohnungen, der Zugang zu Schulen und medizinischen Einrichtungen werde ihnen verwehrt. Für die meisten sei es auch unmöglich, standesamtlich zu heiraten oder die Geburt eines Kindes zu registrieren. Das UNHCR berichtet

auch von Inhaftierungen Staatenloser, die ihre Herkunft nicht belegen könnten.

Dem Hilfswerk zufolge führt das Auseinanderbrechen von Staaten wie der früheren Sowjetunion dazu, dass Menschen staatenlos werden. Viele Angehörige des alten Staates würden daran gehindert, eine neue Nationalität zu beantragen. Oft verweigerten die Behörden als Schikane auch gezielt bestimmten Personen die Staatsangehörigkeit.

Das UNHCR betonte ferner, dass in rund 30 Staaten in Afrika, im Nahen Osten und in Asien nur Männer die Staatsangehörigkeit an ihre Kinder weitergeben können. Die Kinder, die Frauen aus diesen Staaten mit Ausländern bekämen, endeten oft als Staatenlose. Die Konvention gegen Staatenlosigkeit schreibt vor, dass Menschen entweder die Nationalität des Vaters oder der Mutter erhalten sollen. Bis 2010 traten dem Abkommen 37 Staaten bei.

Mutmaßlicher Kriegsverbrecher beteuert Unschuld

Plädoyer im Kongo-Prozess vor Internationalem Strafgerichtshof

Den Haag (epd). Die Verteidigung des mutmaßlichen kongolesischen Kriegsverbrechers Thomas Lubanga (50) hat vor dem Internationalen Strafgerichtshof politische Einflussnahme beklagt. »Beweise und Zeugen wurden manipuliert«, erklärte die Verteidigerin Catherine Labille in ihrem Schlussplädoyer am Freitag in Den Haag. Sie forderte einen Freispruch. In seinem Schlusswort beteuerte auch Lubanga seine Unschuld. Das Urteil wird Anfang 2012 erwartet.

Anklage sieht Schuld bewiesen

Dem ehemaligen Rebellenführer wird die Rekrutierung und der Einsatz von Kindersoldaten unter 15 Jahren in den Jahren 2002 und 2003 in der Krisenregion Ituri im Ostkongo vorgeworfen. »Ich habe damals nur Verantwortung übernommen, um unmenschliches Verhalten zu bekämpfen und Leben zu retten, im Geiste der Versöhnung«, sagte der Angeklagte. Er appellierte an die Richter, seinen guten Absichten zu glauben und ein »weises Urteil« zu fällen.

Die Anklage hatte am Donnerstag eine Verurteilung Lubangas gefordert. Seine Schuld sei »über jeden Zweifel hinaus« bewiesen. Als Gründer der Union der kongolesischen Patrioten (UPC) und als Kommandant der UPC-Miliz sei er für Planung und Organisation des Einsatzes von Kindersoldaten verantwortlich.

Die Verteidigung bezweifelte den Einsatz von Kindersoldaten in dem Konflikt nicht. Lubanga habe aber »nie eine militärische Funktion bei der UPC gehabt«. Er habe im Gegenteil alles getan, um den Einsatz von Kindern zu stoppen, sagten seine Anwältin.

Lubanga war der Verteidigung zufolge ein politischer Widersacher des kongolesischen Präsidenten Joseph Kabila. Mit einer Verurteilung versuche Kabila, Lubanga auszuschalten. Die Anklage lasse sich dafür von der kongolesischen Regierung missbrauchen.

Die neun Zeugen, die als ehemalige Kindersoldaten präsentiert worden seien, hätten gelogen. »Diese mutmaßlichen Kindersoldaten waren keine Kindersoldaten.« Sie hätten zur fraglichen Zeit die Schule besucht, sagte Labille. Zudem hätten sie nie gekämpft und seien

wesentlich älter als von der Anklage angegeben. Kongole-sische Vermittler der Anklage hätten diese Zeugen unter anderem mit Geldversprechen zu den Falschaussagen verleitet. »Diese Agenten hatten enge Beziehungen zur kongolesischen Regierung.«

Lubanga seit 2006 in Gewahrsam

Lubanga befindet sich seit 2006 in Gewahrsam des Gerichts. Das Verfahren ist der erste Prozess des ständigen Internationalen Strafgerichtshofs, der 2002 seine Arbeit aufnahm. Der Lubanga-Prozess begann nach einer zweijährigen Verzögerung im Januar 2009.

Syrien

UN-Menschenrechtsrat will Gewalt untersuchen

Genf (epd). Der UN-Menschenrechtsrat will die brutale Niederschlagung des Volksaufstandes in Syrien durch das Assad-Regime untersuchen. Auf einer Sondersitzung am Dienstag in Genf stimmte die große Mehrheit der Ratsmitglieder für eine entsprechende Resolution. Zu den 33 Befürwortern zählten die acht EU-Staaten in dem Rat sowie die USA und die arabischen Staaten Jordanien, Katar, Kuwait und Saudi-Arabien.

China, Russland, Kuba und Ecuador votierten dagegen. Neun Ratsmitglieder enthielten sich. Die EU-Länder hatten angesichts der eskalierenden Gewalt in dem arabischen Staat die Sondersitzung beantragt. Seit Beginn des Aufstandes Mitte März kamen nach UN-Angaben mehr als 2.200 Demonstranten ums Leben.

Der Rat plant jetzt die Entsendung einer unabhängigen Expertenkommission nach Syrien, die mögliche Menschenrechtsverletzungen untersuchen soll. Schon im April hatte der Rat das syrische Regime wegen der Gewalt verurteilt und eine Untersuchung verlangt. Damaskus aber lehnt Ermittlungen ab.

Das oberste UN-Gremium zum Schutz der Menschenrechte forderte Präsident Baschar al-Assad auf, das Töten wehrloser Demonstranten, Folter, Misshandlungen und Verschleppungen sofort zu beenden. Zudem verlangte der UN-Rat die umgehende Freilassung aller politischen Gefangenen, Bewegungsfreiheit für die Medien sowie einen friedlichen Dialog zwischen der Opposition und der Regierung.

Der Strafgerichtshof verfolgt Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Völkermord. Wegen Kriegsverbrechen im Kongo müssen sich zur Zeit zwei weitere ehemalige Warlords in Den Haag verantworten. Zudem ist der frühere Vizepräsident des Kongo, Jean-Pierre Bemba, wegen Kriegsverbrechen in der Zentralafrikanischen Republik in seiner Zeit als Rebellenführer angeklagt.

Ermittlungsverfahren wurden bisher auch zu Verbrechen in den vier weiteren Ländern Uganda, Sudan, Kenia und Libyen eingeleitet. Für Aufsehen und Kritik sorgten die internationalen Haftbefehle gegen Sudans Präsident Omar Hassan al-Baschir und den libyschen Machthaber Muammar al-Gaddafi.

Südafrika

Arbeiter in Weinbergen schufteten ohne Mindestlohn

Kapstadt (epd). Menschenrechtler haben die Arbeitsbedingungen im Weinbau in Südafrika kritisiert. Viele Winzer verweigerten ihren Arbeitern den gesetzlichen Mindestlohn von rund 80 Euro monatlich und die vorgeschriebene soziale Absicherung, erklärte die Organisation »Human Rights Watch« am Dienstag in Kapstadt. Arbeiter seien oft ohne Schutzkleidung Pestiziden ausgesetzt und hätten während ihrer Schichten keinen Zugang zu Trinkwasser oder Toiletten.

Südafrika ist der siebtgrößte Weinproduzent der Welt. Größter Abnehmer ist Deutschland. In Südafrika trägt der Weinbau 2,2 Prozent zum Bruttoinlandsprodukt bei und beschäftigt mehr als 120.000 Landarbeiter.

Daniel Bekele, Leiter der Afrika-Abteilung der Menschenrechtsorganisation, sagte, der durch Wein geschaffene Wohlstand dürfe nicht auf menschlichem Elend beruhen. Die Löhne in den Weinbergen gehörten zu den schlechtesten in Südafrika. Viele Arbeiter müssten zudem in ehemaligen Tierställen oder anderen menschenunwürdigen Unterkünften ohne Strom und Wasser hausen.

Die Menschenrechtsorganisation forderte Regierung, Betriebe und Branchenverbände auf, sich unverzüglich für bessere Arbeits- und Lebensbedingungen der Weinbau-Arbeiter einzusetzen. Die Einhaltung der Arbeitsschutzgesetze und Arbeitnehmerrechte auf den 3.700 Weingütern werde kaum überwacht, weil die Behörden zu wenig Personal hätten.

Internet: www.hrw.org; www.sawis.co.za

Kirchenpapier erteilt Sterbehilfe und Beihilfe zu Suizid Absage

Studie zu Fragen am Lebensende wirbt für Ausbau von Schmerzbekämpfung

AUSLAND

Wien (epd). Aktive Sterbehilfe und Beihilfe zur Selbsttötung sind aus Sicht der evangelischen Kirchen in Europa ethisch nicht zu rechtfertigen. In einem am Donnerstag in Wien vorgestellten Papier der Gemeinschaft Evangelischer Kirchen in Europa heißt es, Tötung auf Verlangen stehe in Widerspruch zu tief verwurzelten moralischen Überzeugungen. Der Zusammenschluss von 105 evangelischen Kirchen zeigt zwar Verständnis für die öffentliche Forderung, die aktive Sterbehilfe gesetzlich zu erlauben, lehnt diese Bestrebungen aber ab.

In Europa bestehen sehr unterschiedliche Regelungen zu Sterbehilfe. In Belgien, Luxemburg und den Niederlanden ist aktive Sterbehilfe unter strikten Auflagen zulässig. Hilfe zur Selbsttötung ist in der Schweiz erlaubt. In Deutschland ist die Suizidbeihilfe im ärztlichen Standesrecht untersagt. In anderen europäischen Ländern sind Tötung auf Verlangen und Beihilfe zur Selbsttötung verboten.

»Eine Legalisierung würde eine Art Normalisierung und Billigung von Tötung auf Verlangen implizieren, was sie zu einem gewöhnlichen und etablierten Element medizinischer und klinischer Praxis machen würde«, wird in der Studie argumentiert. Statt einer allgemeinen Legalisierung sollte erwogen werden, in wenigen, extremen Fällen auf die strafrechtliche Verfolgung zu verzichten. Das Dokument ist für die Mitgliedskirchen nicht bindend. Der evangelisch-lutherische Bischof von Österreich, Michael Bünker, sagte, die Orientierungshilfe sollte im interdisziplinären und ökumenischen Gespräch Standard sein.

Körtner sieht Kirchen in der Pflicht

Aus christlicher Sicht lasse sich ein positives Recht auf Selbsttötung, Suizidbeihilfe sowie Tötung auf Verlangen nicht rechtfertigen, sagte der Sozialethiker Ulrich H.J. Körtner, der zu den Autoren der Studie gehört. Dennoch sei es Aufgabe der Kirchen, auch jene Menschen zu begleiten, die keinen anderen Ausweg sehen. Besonders Seelsorger stünden vor der Aufgabe, den Menschen zu helfen, mit der Erfahrung sinnlosen Leidens umzugehen.

Weiter sagte der in Wien lehrende Theologieprofessor, das Recht auf Leben bedeute keine Pflicht zum Le-



Eine Mitarbeiterin massiert einer schwerkranken Patientin in einem Stuttgarter Hospiz die Hände.

epd-bild / Gustavo Alabiso

ben. »Weder aus rechtlicher, noch aus christlicher Sicht haben wir das Recht, andere Menschen zum Leben oder Weiterleben zu zwingen.« Lebensschutz begründe weder ethisch noch rechtlich die Bevormundung und Entmündigung von Patienten. »Wer glaubt, mündige Bürger vor sich selbst schützen zu müssen, gibt letztlich der Forderung nach einer Liberalisierung der Euthanasie neue Nahrung«, warnte Körtner.

Ausbau schmerzlindernder Medizin empfohlen

In dem Dokument wird ein Ausbau der schmerzlindernden Palliativmedizin und -pflege empfohlen. Die Möglichkeiten zur Behandlung und Linderung von körperlichen Schmerzen und Beschwerden am Lebensende habe sich wesentlich verbessert. Auch der Verzicht beziehungsweise der Wunsch nach Abbruch einer Therapie könne akzeptiert beziehungsweise notwendig sein. Weiter heißt es in der Studie, dass aus Sicht der evangelischen Kirchen der Abbruch der Ernährung von Patienten im Wachkoma nicht immer abzulehnen sei.

Die Frage nach dem Tod berühre die tiefsten Belange der menschlichen Existenz, sagte der Präsident der Kirchengemeinschaft, der Schweizer Theologe Thomas Wipf. »Die Medizin kann den Menschen das Sterben nicht ersparen.« Die Gemeinschaft Evangelischer Kirchen in Europa vereint 105 lutherische, reformierte und methodistische Kirchen in 30 Ländern.

Internet: www.atimetolive.eu

Niederlande

Pfarrer verweigert Beisetzung nach Sterbehilfe

Amsterdam (epd). Ein katholischer Priester in der niederländischen Gemeinde Liempde hat es abgelehnt, einen nach aktiver Sterbehilfe Verstorbenen kirchlich beizusetzen. Die Angehörigen mussten für die Trauerfeier in eine Kirche in Sint Oedenrode ausweichen, wie der regionale Rundfunk in der Provinz Nord-Brabant am Dienstag berichtete.

Der Pfarrer von Liempde begründete seine Weigerung damit, er habe nach Ehre und Gewissen gehandelt. Die römisch-katholische Kirche lehnt offiziell aktive Sterbehilfe ab. Menschen, die sich dafür entscheiden, hätten keine Anspruch auf eine kirchliche Beisetzung. Daran wolle er sich halten, sagte der Pfarrer. Eigenen Angaben zufolge hat er versucht, Kollegen davon abzuhalten, die Trauerfeier in seiner Kirche zu übernehmen.

Der Kirchenvorstand ist nicht einverstanden mit dem Vorgehen des Pfarrers. »Wir tun uns damit sehr schwer. Die Familie hätte nicht Opfer einer doppeldeutigen Vorschrift werden dürfen«, sagte ein Sprecher des Kirchenvorstandes. Die Kirchengemeinde habe viele entrüstete Reaktionen auf die Vorgehensweise des Pfarrers erhalten. Zahlreiche Ehrenamtliche hätten angekündigt, dass sie ihre Mithilfe an einer Aktion zum Erhalt der Kirchenorgel vorläufig einstellen wollten.

Auf Kritik stieß die Weigerung auch bei der »Niederländischen Vereinigung für ein freiwilliges Lebensende«. Die Organisation sprach von einer »Kirchenstrafe«, die dem Verstorbenen posthum auferlegt worden sei.

Fidschi-Inseln

Militärregime verbietet Jahrestreffen der Methodisten

Bangkok (epd). Auf den Fidschi-Inseln im Südpazifik hat die Militärregierung der methodistischen Kirche ihr Jahrestreffen verboten. Nach Medienberichten vom Dienstag waren mehrere kirchliche Führungspersonen in der Nacht vom Militär vorgeladen worden. Ein früheres Oberhaupt der Methodisten, der 80-jährige Pfarrer Josateki Koroï, hatte sich der Vorladung widersetzt.

Die Militärregierung wirft den Methodisten politische Aktivitäten vor. Unter anderem hatten führende Kirchenmitglieder den Militärputsch vom Dezember 2006 kritisiert. Der damalige Putschistenführer und heute als Interims-Regierungschef agierende Offizier Frank Bainimarama setzte die Verfassung außer Kraft, ließ Kritiker verhaften und zensierte die Medien.

Auch international wird das Vorgehen der Machthaber kritisiert. »Gestützt auf die 2009 erlassenen Notstandsbestimmungen verletzte die vom Militär geführte Regierung weiterhin das Recht auf freie Meinungsäußerung und ging massiv gegen Kritiker vor, dazu zählten auch Angehörige der methodistischen Kirche«, erklärte die Menschenrechtsorganisation Amnesty International in ihrem Jahresbericht 2011.

Etwa 65 Prozent der rund 900.000 Einwohner Fidschis sind christlichen Glaubens. Die methodistische Kirche ist die größte und einflussreichste der Inselrepublik. Ihre Jahrestreffen waren bereits in den vergangenen drei Jahren verboten worden.

AUSLAND

Termine

9. - 10.9. Hofgeismar

Soziale Wohnungspolitik - Herausforderung für Staat und Kommune, Wirtschaft und Zivilgesellschaft. Auf dieser Tagung sollen die aktuellen wohnungspolitischen Entwicklungen und insbesondere die Rolle der Wohnungswirtschaft in Stadtteilen mit besonderem Handlungsbedarf in den Blickpunkt gerückt werden.

www.ev-hofgeismar.de

16. - 18.9. Meißen

Genial oder gefährlich? Chancen und Grenzen der Gentechnik. Im Rahmen der Tagung in der Evangelischen Akademie Meißen sollen Fortschritte der Naturwissenschaften durchleuchtet werden. Am Beispiel der Gentechnologie sollen Möglichkeiten und Grenzen moderner Anwendung wissenschaftlicher Erkenntnisse deutlich werden. Von eigenen Experimenten mit dem Erbgut (einer Tomate) soll der Bogen geschlagen werden hin zur Nutzbarmachung der Spezifität genetischer Information.

www.ev-akademie-meissen.de

21.9. Bonn

Akt der Nächstenliebe oder Verletzung der leiblichen Integrität? Die Diskussion um die Organspende wird seit Jahren immer wieder kontrovers geführt. Vor allem zwei Fragen stehen dabei im Mittelpunkt: Die eine Frage ist, wie die Feststellung des Hirntods zu bewerten ist. Ist er ein ausreichend begründetes Kriterium für die Todesdefinition? Die zweite Frage betrifft die leibliche Integrität über den Tod hinaus. Ist der Leichnam nur eine Sache oder kommt ihm auch etwas von der Würde des lebenden Menschen zu?

www.ev-akademie-rheinland.de



Feigenbäume in der Deichelgasse im Örtchen Deidesheim, in Rheinland-Pfalz, am 19.08.2011. Die Straße wird im Volksmund "Feigengasse" genannt. Vor fast 100 Jahren ließ der Bürgermeister vor jedes Haus Feigenbäume pflanzen. Wer heute durch die schmale Straße spaziert, fühlt sich ans Mittelmeer versetzt: Links und rechts stehen die knorrigen Bäume am Gassenrand, wie auch in den meisten Vorgärten des Weinortes. In der Pfalz gibt es Schätzungen zufolge rund 50.000 Feigenbäume soviel wie sonst nirgendwo in Deutschland. Im August beginnt die Erntezeit der etwa 80 Gramm schweren Früchtchen.

epd-bild / Mathias Ernst

Impressum

HERAUSGEBER: Gemeinschaftswerk der Evangelischen Publizistik gGmbH, Emil-von-Behring-Straße 3, 60439 Frankfurt am Main, Geschäftsführer Jörg Bollmann, AG Frankfurt, HRB 49081, Ust-ID-Nr. DE 114 235 916,

Peter Bosse-Brekenfeld (verantwortlich i.S.v § 55 Abs. 2 RVST), Tel. 069-58098135, E-Mail: info@epd.de | **VERANTWORTLICH** für die regionalen Seiten: Medienhaus GmbH - Zentrum für Evangelische Publizistik und Medienarbeit in Hessen und Nassau, Rechneigrabenstraße 10, 60311 Frankfurt am Main, AG Frankfurt, HRB 43705, Ust-ID-Nr. DE 114112079, Geschäftsführer: Helwig Wegner-Nord

Dr. Dieter Schneberger (verantwortlich i.S.v. § 55 RVST), Tel.: 0 69 / 9 21 07-4 51, Fax: 0 69 / 9 21 07-4 66, E-Mail: frankfurt@epd.de Internet: www.epd-hessen.de | **JAHRESABONNEMENT:** 48,00 €. Erscheint wöchentlich. Der epd Wochenspiegel darf nur mit Zustimmung des Verlags weiterverwertet, gedruckt, gesendet oder elektronisch kopiert und weiterverbreitet werden.